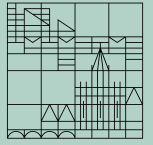


in-equality

magazin

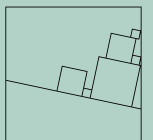
N°9

Universität
Konstanz



Perspektive
Zukunft

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Perspektive Zukunft

*Das Forschungsmagazin
des Exzellenzclusters
„The Politics of Inequality“
an der Universität Konstanz*

4 Editorial

26 Im Spotlight

47 Impressum

52 Blick Zurück

TITELTHEMA

6 The Politics of Mitigating Inequality: Zur erweiterten Forschungsagenda des Exzellenzclusters (M. R. Busemeyer)

AUS UNSERER FORSCHUNG

10 Wenn Unrecht Geschichte wird. Wiedergutmachung als Gegenwartsaufgabe (A. Bardon)

AUS UNSERER FORSCHUNG

14 Unser genetisches Alter. Beruf und Arbeitsbelastung können die Gesundheit beeinflussen

(F. Kunze, S. Schellhammer, S. Findeisen, E. Gerdiken)

IM GESPRÄCH

20 Der lange Schatten der Gewalt. Ein Gespräch mit Anke Hoeffler über Konflikte und Ungleichheit (A. Kampermann)

AUS UNSERER FORSCHUNG

30 Wer räumt die Spülmaschine ein? Die unsichtbare Alltagslogik der Ungleichheit (V. Schweitzer)

SOZIALFORSCHUNG VISUELL

34 Die bessere Wissenschaftlerin? Chancen und Risiken von KI in der sozialwissenschaftlichen Forschung (D. Garcia,

E. Solar, P. Saleth)

GESCHICHTEN AUS DEM FELD

40 Brücken zwischen Nord und Süd. Wissenschaftliche Infrastruktur im Dialog mit Sri Lanka und Pakistan

(A. Oberländer)

IM WEITWINKEL

44 Die Politik des Einkaufszettels. Über die Macht des (bewussten) Konsums (S. Koos)

IN_EQUALITY RESEARCH AWARD

48 ... doch nicht der Stubenälteste der DDR: Award Winner Steffen Mau im Gespräch (M. R. Busemeyer, G. Spilker)



Marius R. Busemeyer ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters.



Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Exzellenzclusters.



Gabriele Spilker ist Professorin für „International Politics – Global Inequality“ an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Exzellenzclusters.

Editorial

LIEBE LESER*INNEN

mit dieser Ausgabe schauen wir in die *Zukunft*. Nach der erfolgreichen Bewilligung der zweiten Förderperiode beginnt für den Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ ein neues Kapitel – und wir freuen uns sehr, Ihnen und Euch mit diesem Heft einen Einblick in die Themen, Projekte und Menschen zu geben, die diese nächste Phase prägen werden.

Für die zweite Förderperiode setzen wir einen neuen Akzent in der Forschung: Eine zentrale Erkenntnis aus unserer ersten Förderphase ist, dass die Politik der Ungleichheit häufig einer sich selbst verstärkenden Dynamik folgt. In der zweiten Förderperiode möchten wir unseren Blick stärker auf die Frage richten, unter welchen Bedingungen eine *ungleichheitsreduzierende* Dynamik einsetzen kann. Welche Policy-Maßnahmen verringern strukturelle Ungleichheiten, statt sie zu verstärken? Unter welchen Bedingungen nehmen Individuen bestehende Ungleichheit als unfair wahr, statt diese zu akzeptieren? Welche Mechanismen führen zu effektiver politischer Mobilisierung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen?

Viele der neuen Forschungsprojekte widmen sich diesen und ähnlichen Fragen, einige von ihnen stellen wir in dieser Ausgabe unseres Magazins vor. Marius R. Busemeyer gibt zunächst einen generellen Überblick darüber, wohin sich unsere Forschung in den kommenden Jahren entwickeln wird, bevor verschiedene Beiträge die neuen Projekte im Detail vorstellen. Deutlich wird dabei: Die Clustercommunity wächst, thematisch wie personell. Nach vielen erfolgreich abgeschlossenen Promotionen in der ersten

Förderphase erwarten wir zahlreiche neue Forschende, die mit frischen *Perspektiven*, neuen Methoden und großen Fragen zu uns stoßen.

Ein besonderer Auftakt in dieses neue Kapitel war die dritte In_equality Conference 2026, die vom 15. bis 17. April 2026 in Konstanz stattfand: 360 Wissenschaftler*innen aus 45 Ländern tauschten sich vor Ort und online über die politischen Dimensionen von Ungleichheit aus. Mit 43 Panels, 116 Vorträgen und zwei Roundtables bot sie ein eindrucksvolles Forum für aktuelle Forschung, neue Ideen und lebendige Diskussionen.

Auch über die wissenschaftliche Community hinaus wollen wir unsere Forschung weiterhin zugänglich machen. Ein wichtiger Baustein dafür ist der *In_equality Podcast*, der inzwischen auf 17 Folgen angewachsen ist. In Gesprächen mit Wissenschaftler*innen und Gästen des Clusters aus verschiedenen Disziplinen beleuchten wir darin die verschiedensten Facetten von Ungleichheit – und diskutieren, welche konkreten Handlungsoptionen sich daraus ergeben.

Dieses Heft ist deshalb vor allem eines: ein positiver Ausblick. Auf neue Projekte, neue Kolleg*innen, neue Kooperationen und auf eine zweite Förderperiode, in der wir gemeinsam daran forschen, welche politischen Maßnahmen es braucht, um Ungleichheiten wirksam zu begegnen.

Wir wünschen Ihnen und Euch eine anregende Lektüre. /

Ihre und Eure
MARIUS R. BUSEMEYER,
CLAUDIA DIEHL &
GABRIELE SPILKER

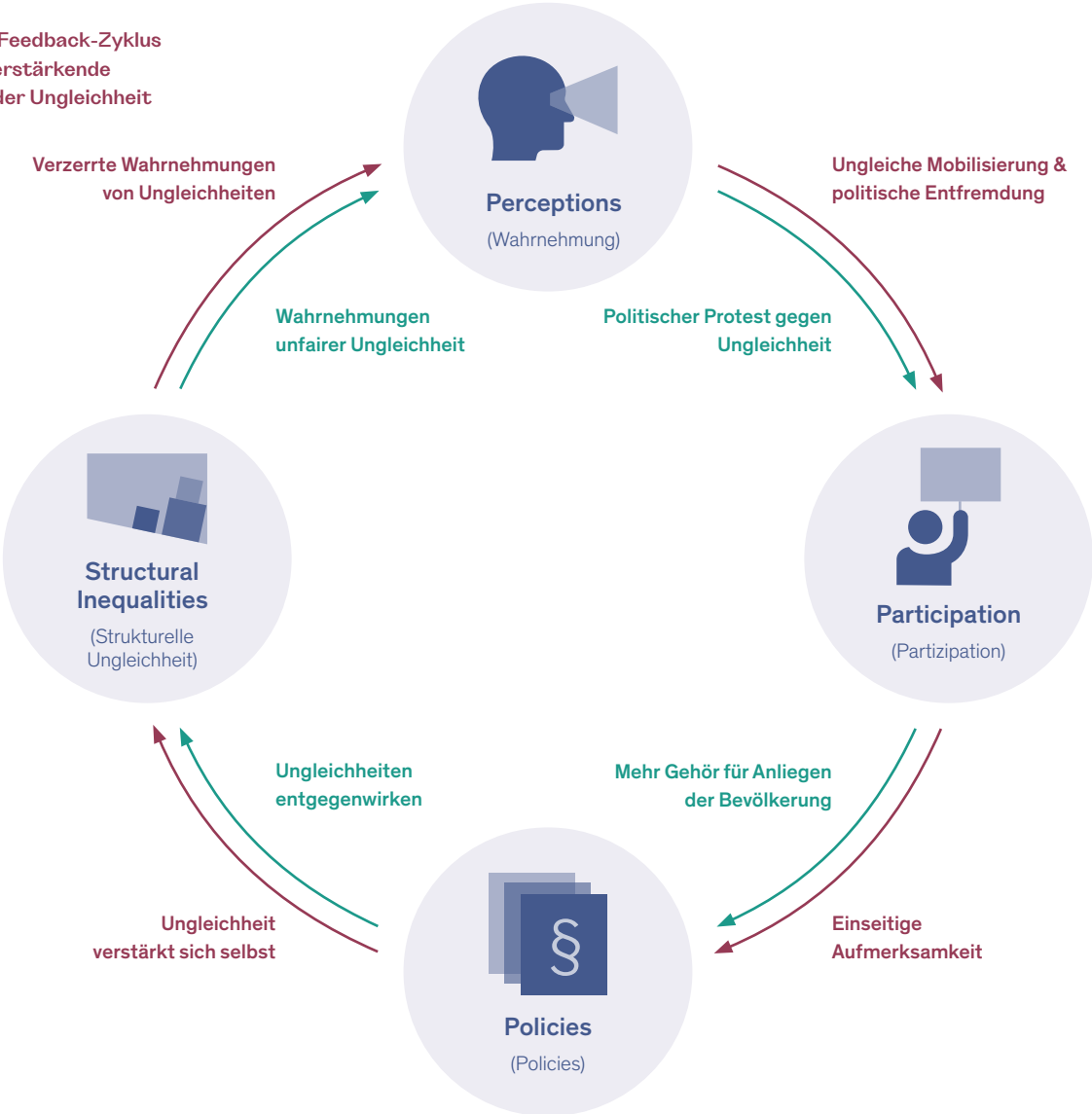
Die Dynamiken sich selbst verstärken-der Ungleichheit, das zentrale For-schungsergebnis des Clusters in den vergangenen Jahren, sind keine unaus-weichliche Spirale. Unsere Forschung zeigt: Diese Entwicklungen lassen sich abschwächen. In der zweiten Förder-phase richtet der Cluster den Blick deshalb auf die Frage, *unter welchen Be-dingungen sich der Kreislauf immer größerer Ungleichheit umkehren lässt.*

TITELTHEMA

The Politics of Mitigating Inequality: *Zur erweiterten Forschungs-agenda des Exzellenzclusters*

(M. R. Busemeyer)

Abbildung 1: Der 3P-Feedback-Zyklus und die sich selbst verstärkende Dynamik der Politik der Ungleichheit



In den ersten sieben Jahren seines Bestehens hat der Exzellenzcluster eine Vielzahl neuer und spannender Forschungsergebnisse zur politischen Dimension von Ungleichheit hervorgebracht. Wie die letzte Ausgabe des In_equality magazins ausführlich gezeigt hat, verweist ein großer Teil dieser Forschung auf eine starke Dynamik sich selbst verstärkender Ungleichheit (siehe Abbildung 1, rote Pfeile). Bezüglich der Wahrnehmung von Ungleichheit konnten wir deutliche Verzerrungen in der individuellen Wahrnehmung und Bewertung nachweisen. Diese wiederum können die Unterstützung für politische Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit schwächen. Ein höheres Maß an wirtschaftlicher Ungleichheit geht zudem häufig mit Ungleichheiten in politischer Beteiligung und Mobilisierung einher. Schließlich haben Forschende des Clusters gezeigt, dass auch politische Eliten Ungleichheit oft verzerrt wahrnehmen – wodurch Ungleichheiten in der politischen Repräsentation und Responsivität eher verstärkt als abgebaut werden.

Trotz dieses insgesamt eher ernüchternden Bildes haben wir auch Beispiele für eine andere Feedbackdynamik gefunden – eine Dynamik, die nicht zur Verstärkung, sondern zur Verringerung von Ungleichheit beitragen kann. In einigen Fällen nehmen Menschen bestehende Ungleichheiten nämlich nicht zwangsläufig einfach als gegeben hin. Sie reflektieren deren Ursachen und gelangen zu dem Schluss, dass der Status quo ungerecht ist. Ein Beispiel dafür ist die Debatte um den Gender-Pay-Gap, der zunehmend als Ausdruck unfairer Diskriminierung von Frauen verstanden wird. Als ungerecht wahrgenommene Ungleichheit kann zu einer politischen Mobilisierung führen, die auf eine Korrektur solcher Missstände abzielt. Tatsächlich beobachten wir in vielen Bereichen ein Wiedererstarken sozialer Bewegungen, die bestehende Ungleichheiten infrage stellen – etwa die Klimabewegung Fridays for Future oder die #MeToo-Bewegung im Bereich geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Wenn solche Mobilisierungsprozesse erfolgreich sind, steigt →

– zumindest in liberalen Demokratien – auch die Wahrscheinlichkeit, dass politische Eliten auf diese gesellschaftlichen Forderungen reagieren. Im besten Fall kann dies zur Verabschiedung politischer Maßnahmen führen, die strukturelle Ungleichheiten abbauen, statt sie weiter zu verfestigen (siehe Abbildung 1, grüne Pfeile).

Wichtig ist jedoch: Diese Dynamik der Reduzierung von Ungleichheit entsteht nicht automatisch. Genau hier setzt die zentrale Forschungsfrage des Clusters in seiner zweiten Förderphase an: Unter welchen Bedingungen kann eine Dynamik der selbstverstärkenden Ungleichheit in eine Dynamik der abnehmenden Ungleichheit transformiert werden? Die Beiträge in dieser Ausgabe zeigen zahlreiche empirische Beispiele dafür, dass ein solcher Wandel möglich ist. Zugleich gibt es ebenso viele Beispiele für die Beharrungskraft sich selbst verstärkender Ungleichheitsdynamiken. Beide Dynamiken schließen sich also keineswegs gegenseitig aus, sondern können durchaus parallel wirken.

Um auf das oben genannte Beispiel zurückzukommen: Zwar wurden bei der Verringerung des Gender-Pay-Gaps auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Fortschritte erzielt, zugleich bestehen jedoch weiterhin deutliche Ungleichheiten in der politischen Repräsentation von Frauen – Ungleichheiten, die sich kaum leugnen und noch schwerer verändern lassen. Um das übergeordnete Forschungsziel des Clusters zu erreichen, müssen wir daher den Blick teilweise neu ausrichten: weg von der ausschließlichen Analyse selbstverstärkender Dynamiken und hin zu einem besseren Verständnis jener Prozesse, die zur Verringerung von Ungleichheit beitragen.

Konkrete Fragestellungen im Zusammenhang mit dieser Forschungsagenda sind zum Beispiel: Welche Formen und Dimensionen von Ungleichheit werden als besonders unfair wahrgenommen? In welchem Zusammenhang stehen Fairnesswahrnehmungen von Ungleichheiten und die öffentliche Unterstützung für politische Maßnahmen zur Bekämpfung eben dieser Ungleichheiten? Können Wahrnehmungen unfairer Ungleichheit politische Mobilisierung auslösen – etwa in Form sozialer Bewegungen oder politischen Protests? Und gelingt es solchen Mobilisierungsprozessen tatsächlich, die Politik zum Handeln zu bewegen? Wie beliebt sind Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit in der Bevölkerung? Werden sie tatsächlich umgesetzt, und sind sie wirksam gegen strukturelle Ungleichheiten?

Der Cluster wird diese und ähnliche Fragen in einer Reihe neuer Projekte untersuchen. Einige davon werden auch in dieser Ausgabe ausführlicher vorgestellt. So beschäftigt sich zum Beispiel das Projekt „Rectification for International Historical Injustice (ReJust)“ mit politischen Maßnahmen zur staatlichen Wiedergutmachung historischen Unrechts gegenüber Individuen und Gruppen. Mithilfe von Labor-experimenten, Umfrageforschung und normativer Theorie trägt das Projekt zu einem besseren Verständnis der politischen Debatten rund um das Thema Wiedergutmachung bei. Das Projekt „Mobilizing Climate Inequalities: From Perceptions to Participation (MOCLI)“ befasst sich mit dem (Wieder-)Erstarken sozialer Bewegungen in den vergangenen Jahren, insbesondere im Bereich Klimagerechtigkeit und politischer Konsumpraktiken. Letztere können ein wirksames Instrument sein, um das Thema Nachhaltigkeit im globalen Handel zu stärken. Das Projekt „Lifting the Veil of Violence: Inequality and Representation after War (LiVV)“ wiederum untersucht, ob gewaltsame Konflikte und Kriege Ungleichheit verschärfen oder möglicherweise sogar verringern. Die Erfahrung von Krieg und Gewalt kann unter Umständen ein stärkeres Gefühl gesellschaftlicher Solidarität hervorbringen und dadurch Ungleichheiten reduzieren. Weitere Projekte beschäftigen sich unter anderem damit, wie Fairnesswahrnehmungen im schulischen Kontext die politischen Einstellungen junger Menschen beeinflussen, welche Rolle Ungleichheit für die Unterstützung langfristiger Investitionsmaßnahmen spielt und wie Alterungsprozesse und gesundheitliche Ungleichheit zusammenhängen.



↑ Weitere Eindrücke unserer Arbeit in einem Kurzfilm über den Exzellenzcluster

Neben der Präsentation neuer Projekte bietet diese Ausgabe des In_equality magazins auch spannende Einblicke in laufende Forschungsprojekte und Initiativen. David Garcia stellt das neu gegründete „Inequality Discourse Observatory (IDO)“ vor, das als Infrastrukturplattform für die Analyse von Ungleichheitsdiskursen dienen wird und das bestehende „Inequality Barometer (IB)“ ergänzt. Unsere neu berufene Clusterprofessorin für Diversity and Leadership, Vera Schweitzer, präsentiert Forschungsergebnisse zu Ungleichheiten in Partnerschaften. Darüber hinaus geben Forschende des Clusters Einblicke in aktuelle Datenerhebungen zur Messung des biologischen Alters sowie in Forschungsarbeiten zur Förderung von Digitalisierung im Globalen Süden. Schließlich enthält diese Ausgabe ein Interview mit Steffen Mau, Direktor am Max-Planck-Institut für Politik- und Sozialwissenschaft in Göttingen und Preisträger des In_equality Research Award 2026 für seine herausragenden wissenschaftlichen Leistungen und deren gesellschaftliche Relevanz. /



Marius R. Busemeyer ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

Kolonialismus, Genozide und andere Formen staatlichen Unrechts können zwischenstaatliche Beziehungen bis in die Gegenwart belasten. *Der Umgang mit vergangener Ungleichheit ist dabei hochkomplex:* Wer überhaupt als legitime Verhandlungspartei gilt, ist oft ebenso umstritten wie die Frage nach Entschädigung oder Wiedergutmachung.

10

AUS UNSERER FORSCHUNG

Wenn Unrecht Geschichte wird. *Wiedergutmachung als Gegenwartsaufgabe*

(A. Bardon)

Unsere heutige Welt ist in weiten Teilen das Ergebnis verschiedener Formen historischen Unrechts. Kriege, Kolonialismus und ungerechte Strukturen inner- und zwischenstaatlicher Unterdrückung haben unsere Gesellschaften tief geprägt. Heutige soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheiten lassen sich ohne den Bezug auf eine lange Liste vergangenen Unrechts oft nicht erklären. Doch selbst wenn Einigkeit darüber besteht, dass etwas falsch war, herrscht meist Uneinigkeit darüber, ob – und wenn ja: was – heute daraus folgen sollte.

Stellen Sie sich vor, Sie besitzen ein Fahrrad – und ich stehle es. Damit entsteht eine Ungleichheit zwischen uns: Ich habe etwas, das mir nicht zusteht, und Sie haben etwas verloren, das Ihnen gehört. Wie lässt sich ein solches Unrecht korrigieren? Eine Entschuldigung allein reicht offensichtlich nicht aus. Ich könnte sagen: „Es tut mir leid.“ Ich könnte es sogar ernst meinen. Dennoch würde kaum jemand behaupten, damit sei die Gerechtigkeit wiederhergestellt. Die meisten hätten vielmehr die klare Intuition, dass für die Wiedergutmachung dieses spezifischen Unrechts zumindest eines notwendig ist: dass ich Ihnen das Fahrrad zurückgebe.

Bei historischem internationalem Unrecht verhält es sich im Grunde wie im Fahrradbeispiel – nur dass die Sache etwas komplizierter ist. Denn hier handelt es sich nicht um Taten einzelner Personen, sondern um kollektives Unrecht, das noch dazu in der Vergangenheit begangen wurde. Die Frage der Wiedergutmachung stellt sich somit nicht den Täterinnen und Tätern, sondern ihren Nachkommen, die selbst nicht beteiligt waren. Und doch bleibt sie bestehen – denn das Unrecht wurde nie behoben. Es ist, als wäre das Fahrrad nie zurückgegeben worden. Nur dass es hier nicht um ein gestohlenen Fahrrad geht, sondern um die Vernichtung zahlloser Menschenleben oder die Plünderung von Kulturschätzen. Nicht nur wurde das Fahrrad nie zurückgegeben – es ist überdies kaum vorstellbar, wie eine Rückgabe überhaupt aussehen könnte.

Von philosophischer Seite wurden viele verschiedene Formen der Wiedergutmachung historischen Unrechts vorgeschlagen. Grob lassen sich drei Kategorien unterscheiden. Erstens: symbolische Wiedergutmachung – etwa öffentliche Entschuldigungen, Denkmäler für die Opfer oder Formen des kollektiven Erinnerns. Zweitens: materielle Wiedergutmachung – etwa finanzielle Entschädigungen oder die Rückgabe geraubter Güter. Drittens: institutionelle Wiedergutmachung – politische Maßnahmen, die weniger das ursprüngliche Unrecht selbst als vielmehr seine langfristigen Folgen abmildern sollen, etwa durch Förderprogramme oder Antidiskriminierungspolitik. →

11



↑ Die Benin-Bronzen wurden 1897 aus dem Königreich Benin geraubt und stehen heute für die Aufarbeitung kolonialer Gewalt.

Die verschiedenen Formen der Wiedergutmachung bringen jeweils eigene Herausforderungen mit sich und können auch unterschiedliche Ziele verfolgen. Nehmen wir die symbolische Wiedergutmachung. Sie gilt als wichtig, birgt aber auch das Risiko der Manipulation. Entschuldigungen sind leicht ausgesprochen und können dazu dienen, Unrecht in die Vergangenheit zu verbannen, als hätte es heute keine Folgen mehr („Ja, was euch angetan wurde, war schlimm – aber diese Zeiten sind zum Glück vorbei“). Zudem wird ihnen häufig vorgeworfen, am Kern des Problems vorbeizugehen: Ein nationaler Feiertag für Martin Luther King ist schön und gut – doch er ändert wenig an der Lebensrealität Schwarzer Menschen, die weiterhin strukturellem Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt sind. Symbolische Wiedergutmachung allein kann historisches Unrecht nicht beheben.

Gleichzeitig wäre eine rein finanzielle Entschädigung ohne Entschuldigung kaum überzeugender. Ohne ein klares Eingeständnis von Verantwortung, ohne Ausdruck von Bedauern und ohne die Anerkennung des begangenen Unrechts kann jede Zahlung leicht wie Schweigegeld wirken („Hier habt ihr das Geld – jetzt hört auf, darüber zu sprechen“).

In den meisten Fällen wird daher eine Kombination verschiedener Maßnahmen erforderlich sein: Einige zielen direkt darauf ab, bestehende Ungleichheiten zu verringern, die aus vergangenem Unrecht resultieren. Andere dienen dazu, bestimmte Akteure zur Verantwortung zu ziehen und Schuld zu benennen. Historisches Unrecht lässt sich weder allein durch den Blick in die Vergangenheit noch allein durch den Blick auf die Gegenwart angemessen bewältigen.

Doch wenn zum historischen Unrecht auch Diebstahl gehört – muss dann nicht auch die Rückgabe Teil der Wiedergutmachung sein? Schließlich bleibt das Grundproblem bestehen: Ob Fahrrad oder Kulturgut – die Opfer haben etwas verloren, das ihnen zusteht, während die Diebe etwas besitzen, das ihnen nicht zusteht. Theoretisch erscheint daher der Grundsatz plausibel, dass unrechtmäßig erworbene Güter an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden sollten. In der Praxis jedoch wirft dieses Prinzip in vielen Fällen erhebliche Probleme auf. Zum einen ist oft unklar, wer heute überhaupt als „rechtmäßiger Eigentümer“ gelten kann – oder ob sich das überhaupt bestimmen lässt. Mitunter erheben mehrere Gruppen Anspruch auf dasselbe Objekt, ohne dass die historische Quellenlage eine eindeutige Zuordnung erlaubt. Ein Beispiel ist der Koh-i-Noor-Diamant: Seine Herkunft ist umstritten, doch bekannt ist, dass er durch die Hände verschiedener Herrscher ging – aus dem Mogulreich, Persien und Afghanistan –, bevor er schließlich in den Besitz von Duleep Singh gelangte, dem Maharadscha des Sikh-Reiches. Dieser wurde 1849 im

Alter von zehn Jahren im Vertrag von Lahore gezwungen, den Diamanten an Königin Victoria abzutreten. Heute gehört der Koh-i-Noor offiziell zu den britischen Kronjuwelen und wird im Tower of London ausgestellt. Indien, Pakistan und Afghanistan haben jeweils Anspruch auf seine Rückgabe erhoben – doch wer der rechtmäßige Eigentümer ist, lässt sich in einem solchen Fall kaum eindeutig bestimmen.

Zum anderen kann auch eine moralische Abwägung notwendig sein, denn die Restitution von Kulturgütern kann deren Erhalt gefährden oder den öffentlichen Zugang einschränken oder sogar unmöglich machen. So wurden die sogenannten Benin-Bronzen 2021 von Deutschland an Nigeria zurückgegeben. Die Kunstwerke waren Ende des 19. Jahrhunderts von britischen Truppen im Königreich Benin – im heutigen Nigeria – geraubt und später unter anderem von deutschen Museen erworben worden. Obwohl die Vereinbarung vorsah, die Objekte in einem von Deutschland mitfinanzierten Museum in Nigeria auszustellen, ging ein Teil der Bronzen an Ewuare II., den 40. Oba von Benin. In diesem Fall ging die Rückgabe zumindest teilweise zulasten des öffentlichen Zugangs. In solchen Situationen könnte es sinnvoll sein, eine Restitution an die Bedingung zu knüpfen, dass die geraubten Objekte angemessen geschützt werden und weiterhin öffentlich zugänglich bleiben. Das öffentliche Interesse an Kulturgütern kann mithin die Ansprüche der rechtmäßigen Eigentümer zumindest teilweise begrenzen.

Das Ziel des ReJust-Projekts ist es, einen Beitrag zu solchen Debatten zu leisten – indem geklärt wird, welche politischen Maßnahmen in welchen Fällen angemessen sind. Dabei geht es uns sowohl um normative Fragen (etwa: Wie sollte eine staatliche Entschuldigung für historisches Unrecht aussehen?) als auch um empirische Fragen (etwa: Welche Rolle spielt Gruppenzugehörigkeit für die Wahrnehmung von Verantwortung für die Wiedergutmachung historischen Unrechts?). Eines aber zeichnet sich bereits ab: Historisches Unrecht ist komplex und vielschichtig – und eine einfache, einheitliche Lösung zur Wiedergutmachung kann es nicht geben. Was es jeweils heißt, „das Fahrrad zurückzugeben“, wird von Fall zu Fall unterschiedlich aussehen. /



Aurélie Bardon ist Professorin für Politische Theorie an der Universität Konstanz und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

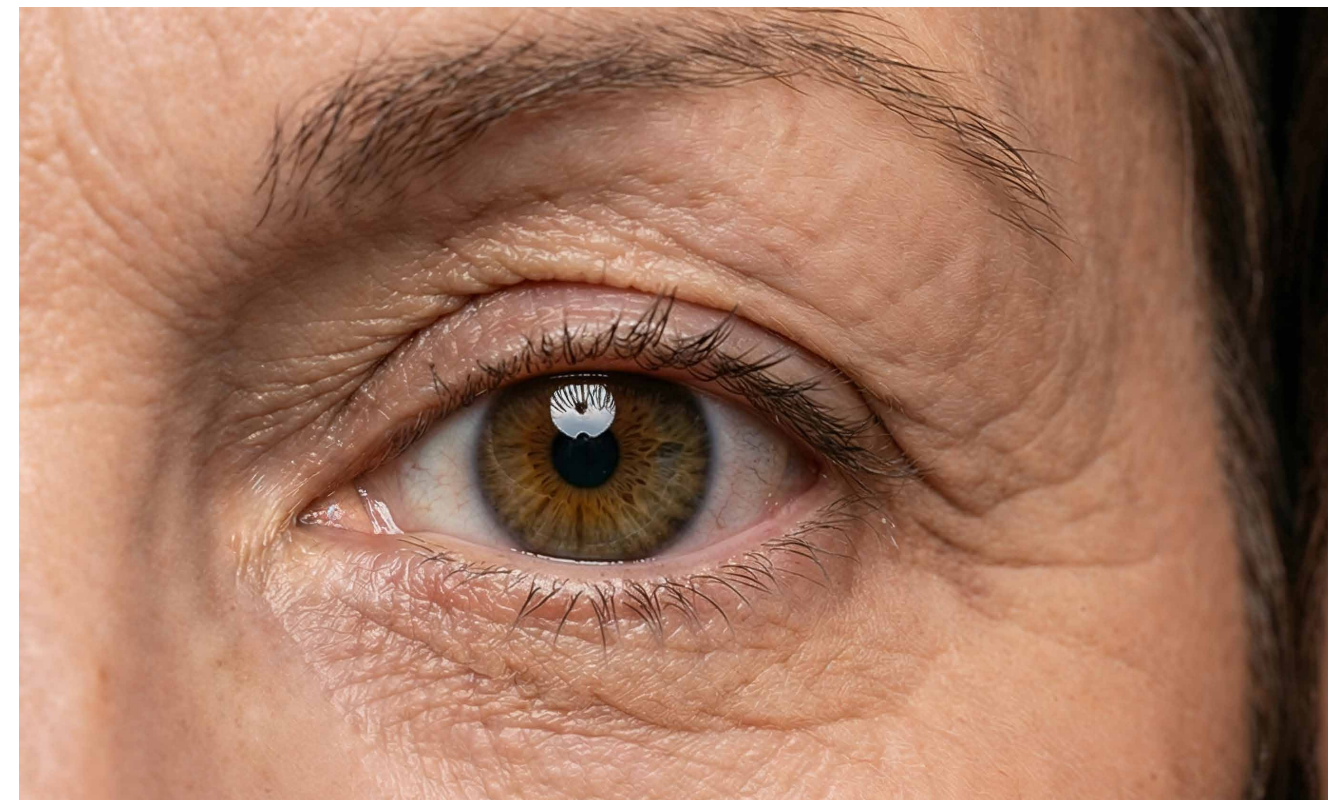
AUS UNSERER FORSCHUNG

Unser genetisches Alter. *Beruf und Arbeitsbelastung können die Gesundheit beeinflussen*

14

(F. Kunze, S. Schellhammer, S. Findeisen, E. Gerdiken)

Die Forschung darüber, wie Umwelt und Alltag unsere Gene beeinflussen, eröffnet neue Perspektiven für die Sozialwissenschaften. *Durch die Messung des biologischen Alters lässt sich untersuchen, welche Faktoren den Alterungsprozess verlangsamen können.* Das Projekt WorkDNAge richtet seinen Blick dabei auf den Einfluss von Beruf und Arbeitsbelastung – bislang wenig verstandene Einflussfaktoren auf unsere Gesundheit.



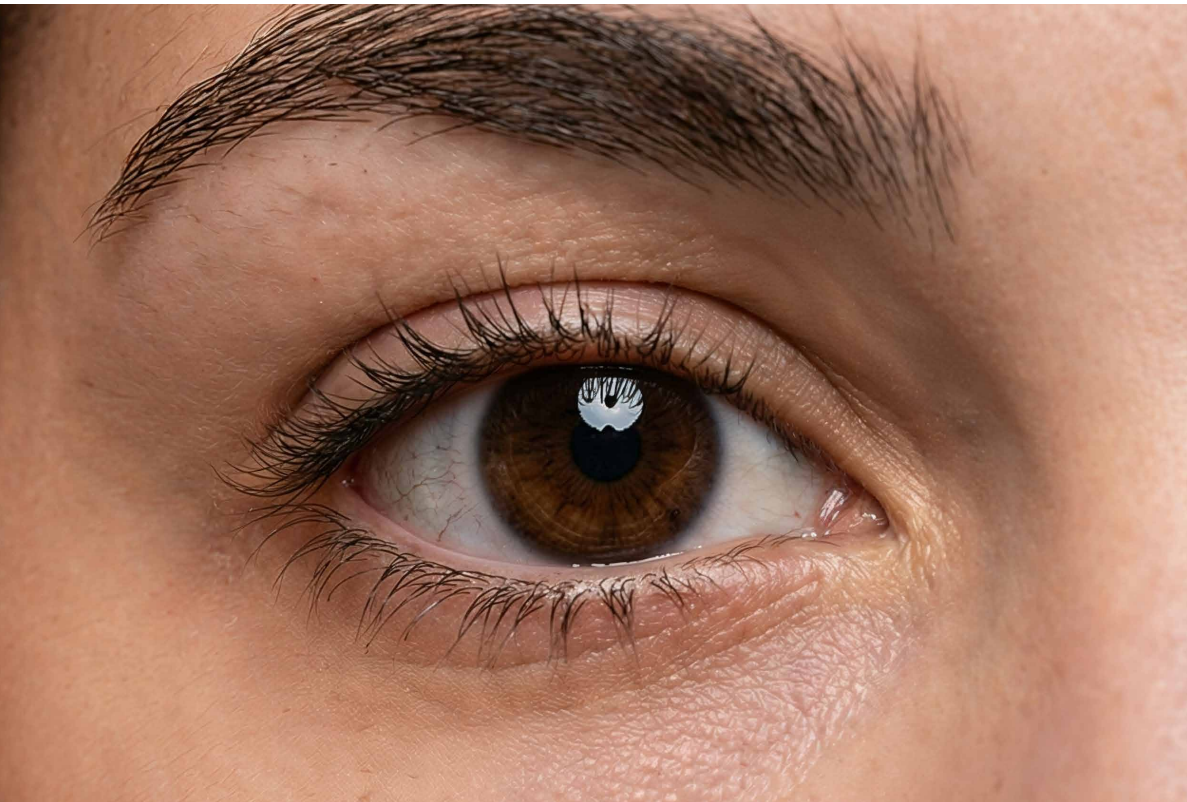
Stellen Sie sich zwei Menschen vor, beide 45 Jahre alt. Beide arbeiten in Vollzeit, beide haben Familie und gehen regelmäßig zum Sport. Auf dem Papier sind sie gleich alt, aber wenn man in ihre Zellen schaut und die winzigen chemischen Spuren in ihrer DNA betrachtet, zeigt sich ein anderes Bild. Die eine Person ist biologisch erst 40, die andere bereits 50. Woher kommt dieser Unterschied? Könnte der Beruf der entscheidende Faktor sein?

Diese Frage ist gesellschaftlich höchst relevant: Die Lebenserwartung ist in vielen Ländern der Welt in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. In Deutschland liegt sie aktuell bei 83 Jahren, ein Anstieg um 13 Jahre im Vergleich zu 1970. Dabei ist die Lebenserwartung sehr ungleich verteilt: In den USA gibt es beispielsweise zwischen den einkommensstärksten und einkommensschwächsten 25 Prozent der Bevölkerung einen Unterschied von mehr als 10 Jahren. Dieser Wert hat sich in der vergangenen Dekade nicht verändert. Das gilt umso mehr für die Gesundheitsspanne, also die Lebensspanne, in der wir ohne größere gesundheitliche Beschwerden leben können. Zunehmend wird diskutiert, ob der Arbeitskontext ein zentraler Faktor für unsere Alterung ist und ob deshalb etwa das Renteneintrittsalter je nach Berufsgruppe variiert werden sollte. Belastbare Evidenz dafür, ob und wie die berufliche Tätigkeit den individuellen Alterungsprozess beeinflusst, fehlt bislang jedoch weitgehend. →

Wie misst man Alter(n)? Der Ansatz des epigenetischen Alters

Das hat zum Teil damit zu tun, dass es lange schwierig war, objektiv zu messen, wie man das Alter(n) eines Individuums während des Erwerbslebens misst. In der arbeitspsychologischen Forschung war es üblich, Mitarbeitende nach ihrem gefühlten Alter zu fragen und Ergebnisse des Alterungsprozesses, wie etwa den Anstieg von Fehlzeiten oder den Zeitpunkt des Renteneintritts, zu messen. Der objektive, biologische Alterungsprozess und dessen Zusammenhang mit Belastungen und Ressourcen im Job wurden kaum in Betracht gezogen.

Hier setzen wir mit unserem neuen Forschungsprojekt an, indem wir eine der zentralen Innovationen der biologischen Alterungsforschung in den sozialwissenschaftlichen Kontext einbringen: das epigenetische Alter. Dieser Ansatz beruht auf der Annahme, dass es möglich ist, eine objektive Kennzahl für das Alter eines Individuums zu entwickeln, die auf der Veränderung des Epigenoms basiert, eine Art molekulare Schaltzentrale, die bestimmt, welche Gene aktiv sind und welche nicht. Grundsätzlich altern wir dadurch, dass unsere DNA im Laufe des Lebens beschädigt wird. Teils durch Prozesse, die seit unserer Geburt in unseren Genen angelegt sind, teils durch Umwelteinflüsse, denen wir ausgesetzt sind oder denen wir uns bewusst aussetzen. Die gute Nachricht: Die DNA ist in der Lage, sich selbst zu regenerieren, indem sie das Epigenom nutzt, das Teile der DNA ausschaltet oder einschaltet und diese dementsprechend reparieren kann. Das Epigenom verändert sich hierbei kontinuierlich, je nachdem, wie wir uns ernähren, ob wir Sport treiben und welchen sonstigen Umweltbedingungen wir ausgesetzt sind, etwa Kälte oder Feinstaub. Die sogenannte „Informationstheorie des Alterns“ besagt deshalb, dass Altern ein reversibler Prozess sein kann, der davon abhängt, wie unser Epigenom mit Umwelteinflüssen interagiert.



Durch sprunghafte Fortschritte in der Molekularbiologie ist es inzwischen möglich, das Epigenom sehr detailliert zu analysieren. Technisch lässt sich sein Zustand durch die Analyse der sogenannten Methylierungsmuster bestimmen, also den chemischen Spuren auf der DNA-Oberfläche. Dem deutsch-amerikanischen Human-genetiker Steve Horvath gelang es 2013 erstmals, diese Informationen des Epigenoms zu nutzen, um das genetische Alter einer Person zu bestimmen. Die sogenannte „Horvath Clock“, die erste publizierte epigenetische Uhr, macht sichtbar, ob der aktuelle Zustand des Epigenoms einer 45-jährigen Person eher einem Alter von 40, 45 oder 50 Jahren entspricht. Zusätzlich kann man bei mehreren Messungen im Zeitverlauf den individuellen Alterungsprozess objektiv bestimmen und damit feststellen, ob die genetische Uhr einer Person langsam tickt, stillsteht oder zu schnell geht. →

Horvath Clock



i

WorkDNAge

- Jede teilnehmende Person wird über dreieinhalb Jahre hinweg bis zu 14-mal befragt. So entsteht ein detailliertes Bild davon, wie sich Belastungen und biologisches Alter im Zeitverlauf gemeinsam verändern.
- Die biologischen Messungen erfolgen über Speichelproben, die Teilnehmende bequem zu Hause entnehmen und per Post ans Labor schicken – ein niedrigschwelliger Ansatz, der eine Teilnahme ohne Klinikbesuch ermöglicht.

- Im zweiten Studienjahr erhalten zufällig ausgewählte Teilnehmende eine gezielte Intervention, etwa wöchentliche Impulse zum gesunden Umgang mit Arbeitsbelastungen. Ob sich das in ihrer epigenetischen Uhr niederschlägt, wird anschließend ausgewertet.
- Im weiteren Verlauf des Projekts planen wir, neben dem Arbeitskontext auch andere soziale Ungleichkeitsdimensionen zu untersuchen, zum Beispiel die Frage, ob „Care Work“, also unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit zu Hause, den biologischen Alterungsprozess zusätzlich beeinflusst.

Seit dieser Entdeckung zeigen viele Studien, dass schon kleine Veränderungen, wie etwa eine Ernährungsänderung, der Verzicht auf Zigaretten oder vermehrte körperliche Aktivität über wenige Monate ausreichen, um den epigenetischen Alterungsprozess stark zu verändern. Nur sehr spärliche Forschungsergebnisse haben wir jedoch zu der Frage, wie sozioökonomische Faktoren und insbesondere unser Berufsleben, das einen großen Teil unseres Lebens prägt, auf die epigenetische Alterung wirken.

Im Forschungsprojekt WorkDNAge wollen wir diese Forschungslücke schließen und systematisch untersuchen, wie der Arbeitskontext die epigenetische Alterung beeinflusst. Hierfür befragen wir 600 Beschäftigte im Alter von 45 bis 67 Jahren, die repräsentativ für die Erwerbsbevölkerung sind, über 3,5 Jahre hinweg. In zwölfmonatigen Abständen bitten wir die Teilnehmenden, eine Speichelprobe abzugeben, die im Labor auf ihr epigenetisches Alter hin analysiert wird. Zusätzlich werden sie alle drei Monate dazu befragt, welchen Belastungen sie im Beruf ausgesetzt sind und aus welchen Ressourcen sie bei der Arbeit schöpfen können. Unsere zentrale Hypothese ist, dass es spezifische berufliche Belastungs- und Ressourcenmuster gibt, die die epigenetische Alterung beschleunigen oder verlangsamen. Wenn Mitarbeitende beispielsweise konstant hoher Belastung durch Zeit- und Leistungsdruck, emotionale Konflikte oder hohe körperliche Belastung ausgesetzt sind, führt dies zu Stress, der auf Dauer die epigenetische Alterung beschleunigt. Gleichzeitig kann man aber auch stabilisierende Faktoren in der Erwerbstätigkeit erfahren, etwa Gestaltungsspielraum bei der eigenen Arbeit oder soziale Unterstützung durch Vorgesetzte, die das Stresserleben reduzieren und damit die epigenetische Alterung bremsen.



Florian Kunze ist Professor für Organizational Behavior an der Universität Konstanz und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.



Sophie Schellhammer ist Postdoktorandin im Projekt „WorkDNAge“ des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.



Sebastian Findeisen ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.



Elena Gerdiken ist Doktorandin am Lehrstuhl für Organizational Behavior an der Universität Konstanz.

Zusätzlich könnte es selbst bei punktuell hoher Belastung im Beruf Regenerationsfaktoren geben, etwa klar begrenzte Arbeitszeiten, die ein Abschalten am Abend, am Wochenende oder im Urlaub ermöglichen. Ähnlich wie kurze, intensive körperliche Aktivitäten, die in Kombination mit anschließender Erholung das epigenetische Alter verlangsamen, könnte auch die Interaktion von Stress und gezielter Regeneration bei der Arbeit die Alterung bremsen.

Ungleichheiten im Alterungsprozess reduzieren

Durch diese ambitionierte Analyse des Zusammenhangs zwischen beruflicher Belastung und epigenetischen Alterungsprozessen wollen wir verstehen, welche Ungleichheiten der Arbeitskontext für die Alterungsprozesse von Beschäftigten erzeugt. Dieses Vorgehen kann in einer zunehmend alternden Gesellschaft wertvolle Informationen für Mitarbeitende, Organisationen und politische Akteure liefern. /

IM GESPRÄCH

Der lange Schatten der Gewalt. *Ein Gespräch mit Anke Hoeffler über Konflikte und Ungleichheit*

20 (Gespräch: A. Kampermann)



↑ Anke Hoeffler, Professorin für Entwicklungspolitik an der Universität Konstanz und Principal Investigator im Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“.

„Aus der bisherigen Forschung weiß man, dass eine gewaltvolle Kindheit – sei es durch Krieg, Hungersnot oder andere traumatische Erfahrungen – nicht bedeuten muss, dass sich diese Erlebnisse durch eine komplette Biografie ziehen.“

21

IN_EQUALITY *Anke, Du bist von Haus aus Ökonomin: Was hat Dein Interesse an der Forschung zu Gewalt und Konflikt geweckt?*

ANKE HOFFLER Das fing in den 90er-Jahren an, als ich meine Doktorarbeit geschrieben habe. Als Ökonomin habe ich ganz klassisch zu Wirtschaftswachstum geforscht und mich dafür interessiert, warum einige Weltregionen wuchsen und andere nicht. Ich habe zum Beispiel festgestellt, dass das Wachstum in vielen Ländern im subsaharischen Afrika – bis heute eine der ärmsten Regionen der Welt – im Vergleich zu etwa Südkorea stagnierte und das, obwohl zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ähnliche wirtschaftliche Bedingungen herrschten. Die Untersuchung der Gründe für dieses mangelnde Wachstum führten mich zu den politischen Ursachen wie etwa Staatszerfall und Bürgerkriege. So kam es, dass ich mich in meiner Forschung auch mit Gewalt und Konflikten beschäftige und zu einer Grenzgängerin zwischen Ökonomie und Politikwissenschaft geworden bin. →

IM *Es klingt im ersten Moment ungewöhnlich. Intuitiv würden viele Menschen das vermutlich nicht miteinander in Verbindung setzen.*

AH Ja, das war damals auch ungewöhnlich! Und zunächst war es auch sehr schwierig, meine Forschung in volkswirtschaftlichen Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Mittlerweile sind die ökonomischen Ursachen und Folgen von Kriegen ein etabliertes Untersuchungsfeld. Unsicherheit hemmt die Entwicklung eines Landes, und eine schwache Entwicklung beeinflusst wiederum die Sicherheit auf negative Art und Weise – das ist ein sich selbst verstärkender Mechanismus.

22 IM *Wie sieht Deine Forschung konkret aus, bist Du auch selbst in Konfliktgebieten?*

AH Meine Bürgerkriegsforschung beruht auf Sekundärdaten, hauptsächlich bereitgestellt von der Universität Uppsala. Mit diesen Konfliktdatensätzen können wir länderübergreifende Studien machen und uns zum Beispiel anschauen: Wo sind Bürgerkriege ausgebrochen und welche Faktoren haben das begünstigt? Vor Ort in einem aktuellen Bürgerkrieg zu forschen, wäre ethisch höchst problematisch und kommt nur sehr selten vor. Ich möchte weder das Leben meines Forschungsteams, das der lokalen Kooperationspartner oder mein eigenes aufs Spiel setzen.

„Häufig haben wir es hier mit einem Zyklus der Gewalt zu tun: Bei Menschen, die während eines Krieges Gewalt erfahren haben, kann dies durch die traumatischen Belastungen dazu führen, dass sie selbst auch in Friedenszeiten gewaltvoller im eigenen häuslichen Umfeld sind.“

IM *Wie ist es für Dich und dein Team, sich tagtäglich mit Gewalt und Bürgerkriegen auseinanderzusetzen? Braucht es da eine Art emotionale Distanz?*

AH Ja, da muss man auf jeden Fall eine gewisse Distanz aufbauen. Als Konfliktforscherin weiß ich, dass aktive bewaffnete Konflikte, also kollektive Gewalt, trotz allem nur in einer Minderheit der Länder weltweit stattfinden. Viel schwieriger ist es bei meiner Forschung zur interpersonellen Gewalt, mich professionell zu distanzieren. Über die letzten Jahren hat sich mein Forschungsinteresse stark zu dem hin entwickelt, was ich als alltägliche Gewalt beschreiben würde. Psychische und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen und Kindern, über die häufig gar nicht gesprochen oder die normalisiert wird. Für diese Forschung führe ich auch persönlich Interviews, und das erschüttert mich wirklich.

Im Kontext von Bürgerkriegen kommt hinzu, dass kollektive und interpersonelle Gewalt gar nicht so klar voneinander abgrenzbar sind. Häufig haben wir es hier mit einem Zyklus der Gewalt zu tun: Bei Menschen, die während eines Krieges Gewalt erfahren haben, kann dies durch die traumatischen Belastungen dazu führen, dass sie selbst auch in Friedenszeiten gewaltvoller im eigenen häuslichen Umfeld sind.

IM *In einem neuen Forschungsprojekt des Clusters schaut ihr euch Gewalt im Zusammenhang mit Ungleichheit an. Was sind eure Pläne?*

AH In unserem Projekt „Lifting the Veil of Violence“, kurz LiVV, wollen wir verstehen, was durch und nach einem Krieg mit Ungleichheiten passiert. Die bisherige Kriegs- und Ungleichheitsforschung fokussiert sich hauptsächlich darauf, ob Ungleichheit Kriege verursacht. Das ist ein gut erforschtes Feld. Mittlerweile wissen wir, dass „vertikale Ungleichheit“ – also Einkommensunterschiede zwischen Haushalten – keine Rolle bei der Entstehung von Kriegen spielt. Diese Erkenntnis hat mich in meiner Forschung mit am meisten überrascht. Vielmehr scheinen „horizontale Ungleichheiten“ zwischen Gruppen – ethnisch, religiös, regional – viel relevanter als Konfliktauslöser zu sein. Gemeinsam mit Gerald Schneider und Tanja Kupisch wollen wir uns jetzt anschauen, wie sich Ungleichheiten durch Krieg verstärken oder egalisieren und wie es sich in Nachkriegsgesellschaften mit der Ungleichheit verhält.

IM *Welche Arten von Ungleichheit stellt ihr dabei in den Fokus?*

AH Wir arbeiten mit verschiedenen disziplinären Perspektiven. Gerald wird sich als Politikwissenschaftler Ungleichheiten bei der Rekrutierung von Soldat*innen anschauen. Tanja ist als Linguistin vor allem daran interessiert, inwiefern bestimmte Teile der Bevölkerung stärker mobilisiert werden und wie das mit ethnischer Zugehörigkeit zusammenhängen könnte. Ich interessiere mich vor allem für gesundheitliche Ungleichheit, genauer gesagt dafür, wie viele und welche Menschen durch Gewalteinwirkung sterben. In den großen Konfliktdatensätzen wird festgehalten, wer durch direkte Gewalteinwirkungen stirbt. In einem Krieg sterben Menschen aber nicht nur direkt durch kriegerische Gewalt, sondern auch durch indirekte Gewalteinwirkungen wie Hunger und Krankheiten aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung und Hygiene. Aus der öffentlichen Gesundheitsforschung ist bekannt, dass die meisten dieser indirekten Opfer Kinder unter fünf Jahren sind. Was bedeutet es für eine Nachkriegsgesellschaft, wenn so viele junge Menschen sterben? →

IM *Wie gehst Du methodisch vor?*
AH Das ist zugegebenermaßen deprimierend. Wir schauen uns große Datensätze an und zählen die Todesfälle. Statistisch können wir dann sehen, ob es eine Übersterblichkeit an Krankheitsfällen während eines Krieges gibt und welche Gruppen das betrifft. Das machen wir länderübergreifend, schauen uns aber auch manche Länder spezifisch an. Für Äthiopien existiert ein sehr großer Längsschnittdatensatz der Oxford University, die sogenannte „Young Lives“-Studie. Mit diesen Daten möchte ich mir beispielsweise anschauen, inwiefern sich Kriege auf die reproduktive Gesundheit auswirken.

IM *Wo würdest Du Dir mehr Aufmerksamkeit seitens der Bevölkerung, der Politik und in der öffentlichen Debatte wünschen?*
AH Medien und Politik beschränken den Blick meist auf Konflikte in einigen wenigen Ländern, und zwar auf solche, von denen wir geografisch oder (sozio-)kulturell mehr betroffen sind. Andere Kriege und deren verheerende Folgen finden in Debatten kaum statt. Außerdem erfahren Konflikte in Form von häuslicher Gewalt kaum Aufmerksamkeit – von einigen wenigen Beispielen mit prominenten Persönlichkeiten abgesehen. Und schließlich: Konflikte lösen Migration und Fluchtbewegungen aus, und die Menschen, die bei uns ankommen, sind psychisch stark belastet. In den meisten Fällen stellen Geflüchtete vor allem eine Gefahr für sich selbst dar, oder es kommt zu innerfamiliären Konflikten. Schlagzeilen machen meist nur die Fälle, in denen sich diese Gewalt in der Öffentlichkeit zeigt. Diese Vorkommnisse sind natürlich furchtbar, aber die mediale Berichterstattung richtet sich eben nur auf diese extrem seltenen Ausnahmefälle.

24

IM *Bei diesen Themen – Gewalt, Ungleichheit, Kindersterblichkeit – erscheint es unmöglich, einen Bogen zu einem positiven Ausblick zu spannen. Fällt Dir trotzdem etwas ein?*
AH Zum Glück ja! In den vergangenen 30 Jahren gab es bei interpersoneller Gewalt eine durchaus positive Entwicklung. Und in ärmeren Ländern existieren zum Beispiel gute Programme, die zeigen, dass eine ökonomische Stärkung von Frauen die häusliche Gewalt reduziert. Ein weiteres Beispiel ist ein Projekt hier in Konstanz, das ich auch wissenschaftlich begleite, zur Verbesserung der mentalen Gesundheit von Geflüchteten namens „BW schützt!“. Hier haben Psycholog*innen aus Konstanz ein Programm konzipiert: Menschen mit eigener Fluchterfahrung werden ausgebildet, anderen Geflüchteten ein niederschwelliges Hilfsangebot zu machen. Sie bieten keine Psychotherapie an – dieser Beruf ist in Deutschland geschützt und darf nur durch ausgebildete Personen ausgeübt werden. Aber sie gehen in die Unterkünfte, sprechen meist deren Muttersprache und bieten narrative Biografiearbeit (NAT) an. Sollte den Berater*innen auffallen, dass die Personen tatsächlich die Hilfe von approbierten Psychotherapeut*innen benötigen, helfen wir bei der Vermittlung. Für Geflüchtete ist es meist noch schwieriger, ein solches Beratungsangebot zu finden, aufgrund der Sprachbarriere, aber eben auch, weil es viel zu wenige Therapieplätze in Deutschland gibt. Aus der bisherigen Forschung weiß man auch, dass eine gewaltvolle Kindheit – sei es durch Krieg, Hungersnot oder andere traumatische Erfahrungen – nicht bedeuten muss, dass sich diese Erlebnisse durch eine komplette Biografie ziehen. Langzeitdatensätze zeigen, dass auch traumatisierte Kinder ein erfülltes und glückliches Erwachsenenleben führen können. Das möchten wir jetzt unter anderem im LiVV-Projekt präzisieren. /



Annalena Kampermann ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftskommunikation am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“.



Gerald Schneider
„So ungleich entscheiden Bayerns
Ausländerbehörden“ (Süd-
deutsche Zeitung, 18. Mai 2026)

Nina von Uexkull
„El Niño erhöht das Risiko für
bewaffnete Auseinandersetz-
ungen“ (Süddeutsche Zeitung,
12. Mai 2026)

Gabriele Spilker
„Wer auch in der Schweiz wohnt,
kommt besser an“ (Südkurier,
10. Februar 2026)

Florian Kunze
„Homeoffice kann die Produk-
tivität steigern“ (tagesschau.de,
10. Februar 2026)

Oliver Schlenker
„Pfleger gehen, Patienten
sterben“ (Die Zeit,
09. Februar 2026)

Anke Hoeffler
„Manche Leben sind uns weniger
wert: Konstanzer Forscherin
Anke Hoeffler über die Kosten
von Gewalt“ (Südkurier,
05. Februar 2026)

Sebastian Koos
„Universität untersucht Folgen
der Bluttat von Aschaffenburg“
(Süddeutsche Zeitung,
26. Januar 2026)

David Garcia
„Experts warn of threat to de-
mocracy from ‘AI bot swarms’
infesting social media“ (The
Guardian, 22. Januar 2026)

Marius R. Busemeyer
„Kapital für Kinder – eine
gute Idee?“ (Der Spiegel,
04. Dezember 2025)

Thomas Hinz
„Lohnt sich das Haus auf dem
Land?“ (Frankfurter Allgemeine,
20. November 2025)

Olga Leshchenko
„Mehr Gleichberechtigung
dank Home-Office?
Kommt drauf an!“ (mdr.de,
14. November 2025)

Sebastian Findeisen
„Betriebsräte führen zu
mehr Produktivität“ (taz,
04. November 2025)

Christian Breunig
„Verachten Politiker uns?
Womöglich gar: zu Recht?“
(Die Zeit, 02. Oktober 2025)

Alexander Horn
„Parteiprogramme: Bestehende
Ungleichheit kaum Thema“
(deutschlandfunknova.de,
28. August 2025)

Nils Weidmann
„Studie: Epidemien untergraben
politische Stabilität“ (Berliner
Landeszentrale für politische
Bildung, 21. Juli 2025)

Claudia Diehl
„Braucht es eine Migrations-
obergrenze an Schulen?“
(Deutschlandfunk, 07. Juli 2025)

Der Cluster & seine Mitglieder
in den Medien (Auswahl)

VIELBEACHTET

— Gäste und Fellows

David Beaver
University of Graz
Visiting Fellow

Timm Betz
Washington University in St. Louis
Visiting Fellow

Samantha Botica Fuentes
University of Salamanca
Gastwissenschaftlerin

Sebastián Cortesi
Johns Hopkins University
Gastwissenschaftler

Jamela Basani Hoveni
*Commission for Gender Equality
in South Africa*
ZUKOnnect Fellow

Evelyne Hübscher
Central European University
Visiting Fellow

Lin Kai-Heng
National Taiwan University
Gastwissenschaftler

Jordan Katz
McGill University
Gastwissenschaftler

Tales Mancano
University of São Paulo
Gastwissenschaftler

Jonathan Mijs
Boston University
Visiting Fellow

— Cluster Mitglieder

Amy Pond
Washington University in St. Louis
Visiting Fellow

Helmut Rainer
*Ludwig-Maximilians-Universität
München*
Visiting Fellow

Christopher Rauh
University of Cambridge
Visiting Fellow

Thomas Sattler
University of Geneva
Visiting Fellow

Anna Tashchenko
National University of Kyiv
Gastwissenschaftlerin

Pieter Vanhuyse
University of Southern Denmark
Gastwissenschaftler

Simon Weschle
University of North Carolina
Humboldt Fellow

Gashaw Tefera Woldetsadik
Arba Minch University
ZUKOnnect Fellow

Farah Adeeba
Postdoktorandin im Projekt
„Inequality Discourse Observatory
(IDO)“

Aurélia Bardon
Professorin für Politische Theorie
Principal Investigator

Maxime Borg
Arbeitsgruppe Vergleichende
Politische Ökonomie
Lehrvertretung

Rebecca Duetwell
Doktorandin im Projekt „Lifting
the Veil of Violence (LiVV)“

Holly Dykstra
Juniorprofessorin für
Verhaltensökonomie
Principal Investigator

Anselm Fliethmann
Forschungs- und Datenmanagement
Nachwuchsförderung
Geschäftsstelle

Jing Ma
Doktorandin im Projekt „Inequality
Discourse Observatory (IDO)“

Stefan Niemann
Professor für Volkswirtschaftslehre
Principal Investigator

Maja Präger
Doktorandin, Arbeitsgruppe
Soziologie (Schwerpunkt Soziale
Bewegungen)

Peer Saleth
Doktorand im Projekt „Inequality
Discourse Observatory (IDO)“

Melina Schnekenbühl
Doktorandin im Projekt „Inequality
Discourse Observatory (IDO)“

Vera Schweitzer
Clusterprofessur
„Organizational Behavior“
Principal Invesitgator

Elena Solar
Doktorandin im Projekt
„Inequality Discourse
Observatory (IDO)“

Milan Spendel
Doktorand im Projekt „Students‘
Perceptions of Inequality and
Fairness (PerFair)“

Alexa Timlick
Doktorandin im Projekt „Lifting
the Veil of Violence (LiVV)“

Valentia Tretti
Doktorandin im Projekt
„Inequality Discourse
Observatory (IDO)“

Stephen Tyndel
Postdoktorand im Projekt
„Inequality Discourse
Observatory (IDO)“

Julia Werner
Doktorandin im Projekt
„Rectification for International
Historical Injustice (ReJust)“

Yining Yan
Doktorandin im Projekt „Lifting
the Veil of Violence (LiVV)“

Ankush Asri, Viola Asri & Anke Hoeffler (2026)
Unlocking young women’s potential? The impact of a low-cost career guidance program. Journal of Development Economics, 179. <https://doi.org/10.1016/j.jdeveco.2025.103662>

Ariane Bertogg & Anna Manzoni (2026)
Intergenerational Support and Later Life Health: Associations by Role, Type and Direction of Support. Journal of Marriage and Family, 88(3), 807–824. <https://doi.org/10.1111/jomf.70049>

28 Friedrich Breyer, Christian Breunig, Mark Kapteina, Guido Schwerdt & Maj-Britt Sterba (2025)
Between Beveridge and Bismarck: Preferences for redistribution through public pensions. The Journal of the Economics of Ageing, 31. <https://doi.org/10.1016/j.jeoa.2025.100570>

Marius R. Busemeyer, Nathalie Giger & Nadja Wehl (2026)
Individual ideology and biased perceptions of relative income position. Socio-Economic Review. <https://doi.org/10.1093/ser/mwaf089>

Valentina Consiglio & Thomas Kurer (2025)
Seeking Opportunity in the Knowledge Economy: Moving Places, Moving Politics? British Journal of Political Science, 55. <https://doi.org/10.1017/s0007123425100677>

Im Spotlight

Claudia Diehl, Katja → Pomianowicz & Thomas Hinz (2025)
On the wrong track? Perceived track mismatch among ethnic minority and majority students in the German education system. Research in Social Stratification and Mobility, 99. <https://doi.org/10.1016/j.rssm.2025.101085>

Alexander Horn, Martin Haselmayer & Jonathan Klüser (2026)
Why Inequalities Persist: Parties’ (Non)Responses to Economic Inequality, 1970–2020. American Political Science Review, 120(1), 346–364. <https://doi.org/10.1017/s0003055425100907>



← **Lena Maria Schaffer & Gabriele Spilker** (2026)
Migrating to stay or commuting to work? How fairness perceptions and exposure shape

attitudes toward labor migration. American Journal of Political Science. <https://doi.org/10.1111/ajps.70034>

Gerald Schneider & Christina Zuber (2025)
Subnational principals and Turkish passports: Administrative inequality in German citizenship policy. Journal of Ethnic and Migration Studies, 51(20), 5308–5337. <https://doi.org/10.1080/1369183x.2025.2550130>

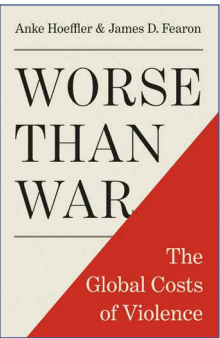


Daniel Thilo Schroeder, Meeyoung Cha, David Garcia et al. (2026)
How malicious AI swarms can threaten democracy. Science, 391(6783), 354–357. <https://doi.org/10.1126/science.adz1697>

Dissertationen

Niklas Hänze (2026)
Between vulnerability and adaptation: The political dimensions of environmental risk [PhD Thesis]. University of Konstanz.

Sophie Moser (2026)
Gender Inequality at Work: A Contextual Perspective [PhD Thesis]. University of Konstanz.



Monografien

← **Anke Hoeffler & James D. Fearon** (2026)
Worse than War: The Global Costs of Violence. Princeton University Press. https://press.princeton.edu/books/hardcover/9780691168890/worse-than-war?srltid=AfmBOoK5-yeZwjwNfiTS5KJEX43YZ8tz6WJuswy1VdqT_-LkxPQH7

Eva Thomann, R. Kent Weaver & Tiziano Zgaga (2026)
Policy Dynamics in the European Union. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009410274>

Veröffentlichungen aus dem Cluster (Auswahl)

PUBLIZIERT

PROJEKTE



Mebr Informationen zum Cluster und unseren Projekten: <https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/projekte/>

Forschungsprojekte

Inequalities in Climate Finance (ClimFin)

Inequality and Support for Long-Term Investment Policies (IneqInvest)

Lifting the Veil of Violence: Inequality and Representation after War (LIVV)

Making Political Decisions about Future Public Policies (PolChoices)

Mobilizing Climate Inequalities: From Perceptions to Participation (MOCLI)

Rectification for International Historical Injustice (ReJust)

Students’ Perception of Inequality and Fairness (PerFair)

WorkDNAge Study – How working life impacts inequalities and ageing

Infrastrukturprojekte

Inequality Barometer (IB)

Inequality Discourse Observatory (IDO)

Konstanz Methods Excellence Workshops (KOMEX)

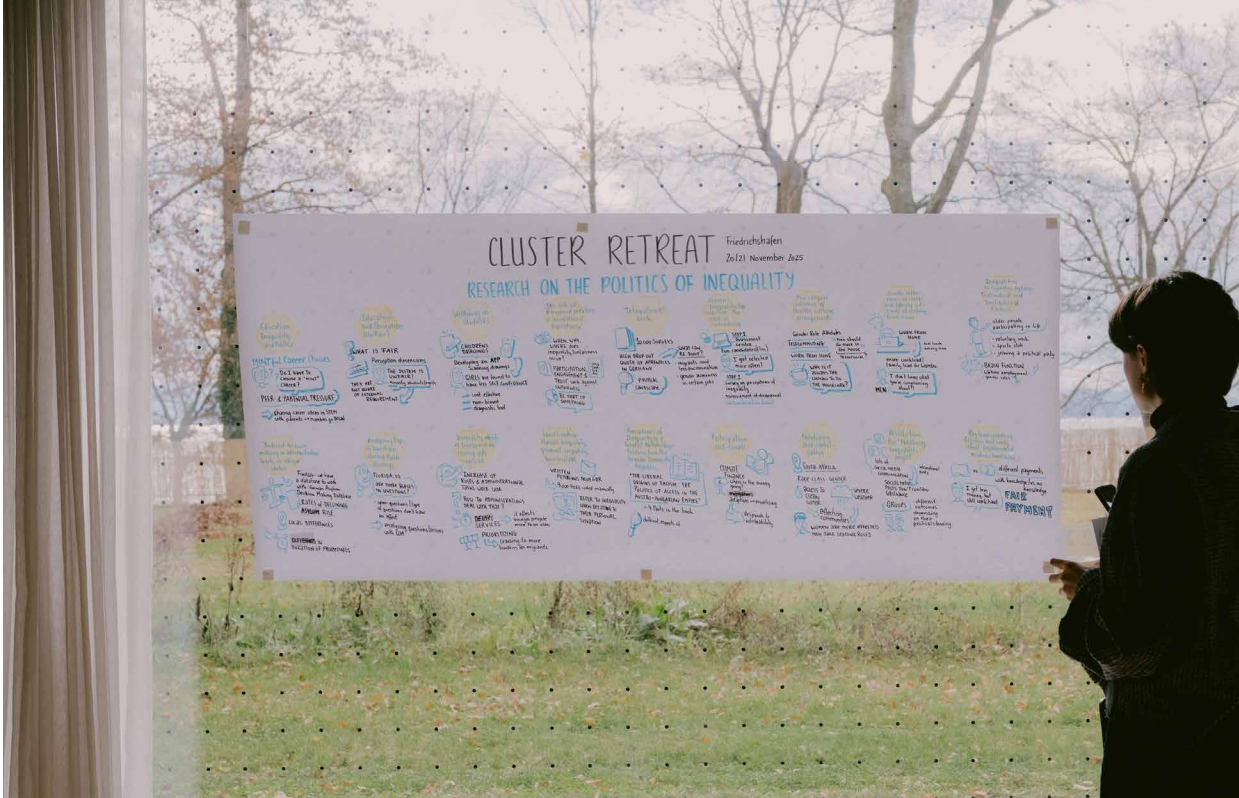
Assoziierte Projekte

Citizens’ Demand for Local Representation and the Green Transition

EU-SOCIETY
Equal Access to Equal Rights?

Social Inequalities in Ageing Societies (SociAS)

Varieties of Egalitarianism (VoE)



30

AUS UNSERER FORSCHUNG

Wer räumt die Spülmaschine ein? *Die unsichtbare Alltagslogik der Ungleichheit*

(V. Schweitzer)

Ob Gleichberechtigung in Partnerschaften gelingt, wird nicht nur durch rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen geprägt, sondern auch durch die oft stillschweigend getroffenen Entscheidungen im Haushalt. Ein genauerer Blick auf den Alltag von Dual-Career-Paaren zeigt die subtilen Mechanismen geschlechtsbezogener Interaktionen – und wie sie bestehende Ungleichheiten fortschreiben können.

31

Sie arbeiten im Homeoffice – genau wie Ihr Partner oder Ihre Partnerin. Sie stecken mitten in einer wichtigen Aufgabe: ein Gespräch führen, noch kurz vor der Deadline einen Text fertigstellen oder entscheiden, wie eine Hausarbeit zu bewerten ist. In diesem Moment fängt im Nebenzimmer Ihr Kind an zu weinen. Oder es klingelt an der Tür. Oder die Waschmaschine piept unablässig. Jemand muss aufstehen. Aber wer?

Ungleichheit beginnt nicht bei den großen Entscheidungen

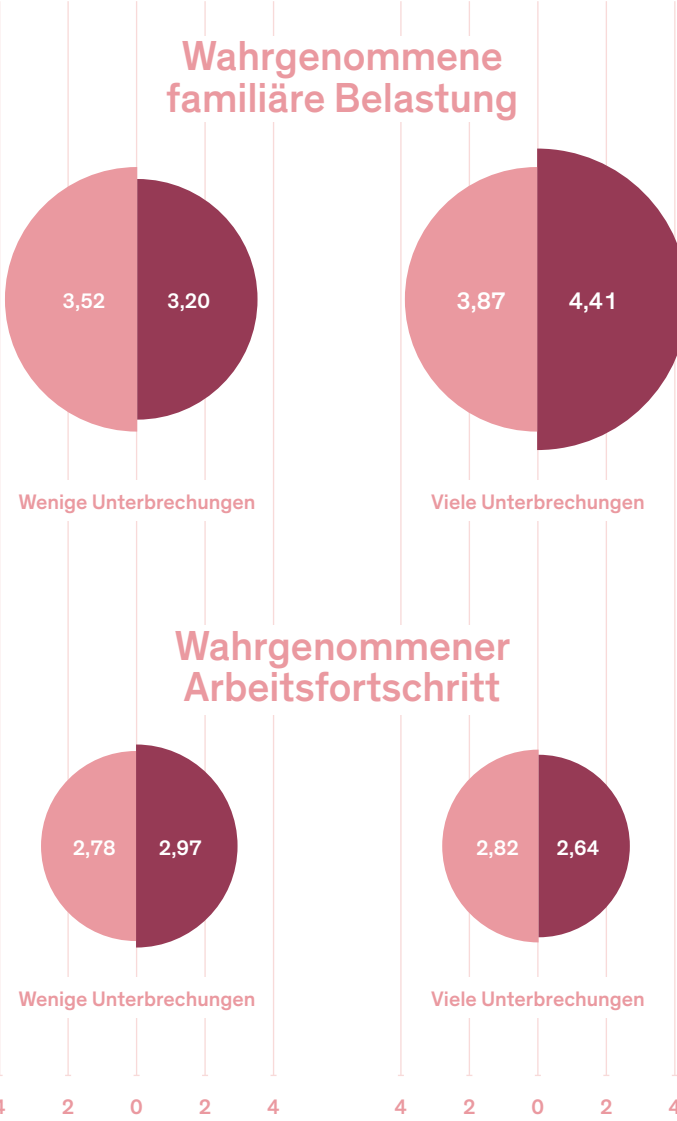
In vielen Industrieländern sind Doppelverdiener haushalte längst zur Norm geworden. In den meisten Mitgliedstaaten der OECD lebt heute die Mehrheit der Familien von zwei Einkommen. Das klassische Modell des männlichen Alleinverdieners ist weitgehend verschwunden.

Auf dem Papier wirkt das wie ein Fortschritt in Richtung Gleichstellung. In der Praxis stellt sich die Sache jedoch komplexer dar, wie ein genauerer Blick auf die tatsächliche Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zeigt. Denn die Unterschiede bei der Erwerbsarbeit sind nach wie vor deutlich: Männer arbeiten im Durchschnitt weiterhin mehr Stunden und verdienen mehr, während Frauen – insbesondere nach der Geburt von Kindern – häufiger ihre Arbeitszeit reduzieren oder in Teilzeit wechseln. Zugleich leisten Frauen weiterhin mehr unbezahlte Arbeit: Kinderbetreuung, Haushalt und die unsichtbare Belastung durch das ständige Planen und Koordinieren des Alltags. Diese Muster haben langfristige Folgen, denn sie tragen zu anhaltenden Einkommens- und Rentenlücken sowie zu ungleichen Karriereverläufen bei.

Ein Großteil der bisherigen Forschung erklärt diese Ungleichheiten mit strukturellen Faktoren: Steuersysteme, Betreuungsangebote, arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen oder hartnäckige kulturelle Geschlechternormen. So wichtig diese Erklärungen sind – sie erfassen nicht vollständig, wie Ungleichheit im Alltag fortgeschrieben wird, selbst dort, wo scheinbar Chancengleichheit herrscht.

Ein genauerer Blick legt etwas anderes nahe: Ungleichheit entsteht aus vielen kleinen, immer wiederkehrenden Entscheidungen. →

Abbildung 1: Familiäre Unterbrechungen während der Arbeitszeit treffen Frauen und Männer unterschiedlich. Frauen reagieren stärker, sowohl was die erlebte Belastung als auch was das Gefühl betrifft, bei der Arbeit weiterzukommen.



Gespiegelte Skala für die dargestellten Mittelwerte (nicht Anzahl der Unterbrechungen)

Wer wird unterbrochen?
Zurück zur Ausgangssituation: Sie sind ganz in Ihre Arbeit vertieft. Ihr Kind beginnt im Nebenzimmer zu weinen. Es klingelt an der Tür. Die Waschmaschine piept.

In vielen Haushalten wiederholen sich solche Situationen mehrmals täglich. Jedes Mal unterbricht eine Person ihre Arbeit. Jedes Mal fängt jemand die Störung auf. Studien auf der Basis von Experience-Sampling-Daten aus Paarbefragungen über zwei Wochen zeigen: Diese Unterbrechungen sind keineswegs trivial. Sie halten den Familienalltag am Laufen – aber sie haben ihren Preis. Sie beeinträchtigen die Konzentration, verlangsamen Arbeitsprozesse und zerstückeln den Arbeitstag.

Entscheidend ist: Männer und Frauen reagieren unterschiedlich darauf. So berichten Frauen in heterosexuellen Beziehungen von einer höheren mentalen Last, wenn sie ihre Arbeit für familiäre Aufgaben unterbrechen, und von größeren Schwierigkeiten, anschließend wieder in ihre Tätigkeit zurückzufinden. Männer hingegen sind davon weniger betroffen. Ist beispielsweise ein Kind hungrig, reagieren oft beide Elternteile. Doch Frauen denken häufiger weiter: Sie planen bereits die nächsten Mahlzeiten oder aktualisieren gedanklich die Einkaufsliste. Was wie eine kleine Unterbrechung wirkt, wird so zu einer wiederkehrenden kognitiven Belastung – und entwickelt sich mit der Zeit zu einem strukturellen Nachteil.

Wenn Unterstützung zum Problem wird
Ungleichheit entsteht jedoch nicht nur durch Konflikte, sondern auch durch Fürsorge und Unterstützung. Positive Erfahrungen im Beruf – gute Neuigkeiten, ein erfolgreiches Meeting, eine Beförderung – setzen zunächst Energie frei. Werden diese Erlebnisse mit dem Partner oder der Partnerin geteilt, kann sich dieser Effekt verstärken: Menschen sind motivierter, engagieren sich stärker im Beruf und investieren zugleich mehr in ihre Partnerschaft. Allerdings hängt dieser Prozess von der Reaktion des Gegenübers ab – und er hat eine weniger offensichtliche Seite: mitfühlende Liebe (engl.: compassionate love), also die bedingungslose Unterstützung der Bedürfnisse und Erfolge des Partners oder der Partnerin. Reagiert eine Person dauerhaft mit starker Unterstützung, kann dies dazu führen, dass die andere – oft unbewusst – sich stärker darauf verlässt und zusätzliche Aufgaben im Haushalt abgibt. Auf diese Weise kann Unterstützung paradoxerweise Ungleichheit verstärken – zumal diese Form bedingungsloser Unterstützung häufiger von Frauen geleistet wird.

Die Strategie des „Nicht-Könnens“
Manchmal hat Ungleichheit auch eine strategische Dimension. Viele kennen Situationen, in denen ein Partner behauptet, eine bestimmte Aufgabe im Haushalt nicht zu beherrschen – etwa die Spülmaschine einzuräumen – oder sie wiederholt schlecht erledigt, sodass die andere Person sie schließlich übernimmt. Dieses Verhalten wird als strategische Inkompetenz (engl.: weaponized incompetence) bezeichnet: das demonstrative Zurschaustellen von Unfähigkeit, um Verantwortung zu vermeiden. Dies geschieht selten bewusst oder mit böser Absicht; meistens ist es subtil und entwickelt sich schleichend. Dennoch kann es langfristige Folgen haben: Wenn eine Person sich regelmäßig als weniger kompetent darstellt, springt die andere ein – und die Aufgaben sind zunehmend ungleich verteilt. Auch hier zeigt sich ein geschlechtsspezifisches Muster: Männer greifen häufiger zu solchen Strategien, wodurch sich die Belastung für Frauen weiter erhöht.

Warum die kleinen Momente zählen
All diese Dynamiken machen deutlich, wie Ungleichheit im Alltag entsteht – nicht nur durch einzelne bewusste Entscheidungen, sondern auch durch wiederkehrende Muster: Wer unterbricht seine Arbeit? Wer übernimmt die emotionale Verantwortung? Wer erledigt liegengebliebene Aufgaben? Keine dieser Entscheidungen für sich genommen bestimmt das Ausmaß von Ungleichheit. Doch langfristig prägen diese kleinen, alltäglichen Verhaltensweisen die Verteilung von Zeit, Aufmerksamkeit und Energie zwischen den Partnern.
Gleichzeitig zeigt die Forschung auch, dass sich diese Dynamiken verändern lassen. Eine zentrale Rolle dabei spielt Unterstützung am Arbeitsplatz. Wer flexible Arbeitsbedingungen oder verständnisvolle Vorgesetzte hat, unterstützt mit größerer Wahrscheinlichkeit auch den Partner oder die Partnerin zu Hause. Solche positiven Spillover-Effekte hängen jedoch davon ab, wie Unterstützung geteilt und Verantwortung ausgehandelt wird. Auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten oder Kinderbetreuung führen nicht automatisch zu mehr Gleichheit. Ihre Wirkung kann sich zwischen Partnern unterscheiden – und im ungünstigsten Fall sogar neue Konflikte zwischen Beruf und Familie befeuern, wenn die Flexibilität vor allem von einer Person getragen wird. Das zeigt: Strukturelle Maßnahmen allein reichen nicht aus, wenn sich alltägliche Praktiken nicht ebenfalls verändern.



Vera Schweitzer ist Juniorprofessorin für „Organizational Behavior“ an der Universität Konstanz und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

Noch einmal: Es klingelt. Das Kind weint. Das Meeting läuft weiter. Jemand steht auf. In diesem Moment scheint nichts entschieden. Es wird keine Richtungsentscheidung getroffen und nichts ausgehandelt. Und doch beginnt genau hier Ungleichheit – nicht in den großen Entscheidungen, sondern in der stillen Summe alltäglicher Reaktionen.
Wer aufsteht. Wer sitzen bleibt. Und wer am Ende die Spülmaschine einräumt. /

Die bessere Wissen- schaftlerin? *Chancen und Risiken von KI in der sozialwissenschaftlichen Forschung*

(D. Garcia, E. Solar, P. Saleth)

KI-gestützte Sprachmodelle eröffnen der Sozialforschung neue Möglichkeiten zur Analyse großer Textmengen. Der Beitrag zeigt anhand visueller Beispiele, wie mithilfe von KI politische Debatten analysiert und Ungleichheiten sichtbar gemacht werden können – und warum *menschliche Interpretation* dabei trotzdem unverzichtbar bleibt.

Ob auf Social Media, in Bundestagsreden oder in Kommentarspalten: Politische Debatten hinterlassen heute riesige Mengen an Textdaten. Für die Sozialforschung eröffnet das neue Möglichkeiten: Mit KI-Modellen lassen sich diese Texte nicht mehr nur (qualitativ) interpretieren, sondern auch systematisch qualitativ und quantitativ auswerten. Im Zentrum stehen dabei sogenannte Large Language Models (LLMs), die Sprache statistisch analysieren und Bedeutungen in mathematische Strukturen übersetzen können.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Während Forschende früher tausende Texte lesen und manuell kategorisieren mussten, können diese Modelle heute in kurzer Zeit Millionen Beiträge analysieren – konsistent, skalierbar und kontextsensibel. Sie erkennen nicht nur einzelne Schlagwörter, sondern verstehen Zusammenhänge, Synonyme und Kontext.

In der Ungleichheitsforschung ist das ein entscheidender Vorteil, denn politische Einstellungen zeigen sich selten in eindeutigen Begriffen. Wer Umverteilung ablehnt, schreibt oder sagt nicht zwingend „gegen Umverteilung“. Stattdessen tauchen Formulierungen wie „Leistung muss sich lohnen“ oder „Eigenverantwortung stärken“ auf. Moderne Sprachmodelle können solche Muster erkennen und vergleichbar machen.

In diesem Beitrag zeigen wir anhand von Grafiken, welche Möglichkeiten, aber auch Grenzen, sich dadurch für unsere Forschung ergeben.

i

**Inequality Discourse
Observatory (IDO)**

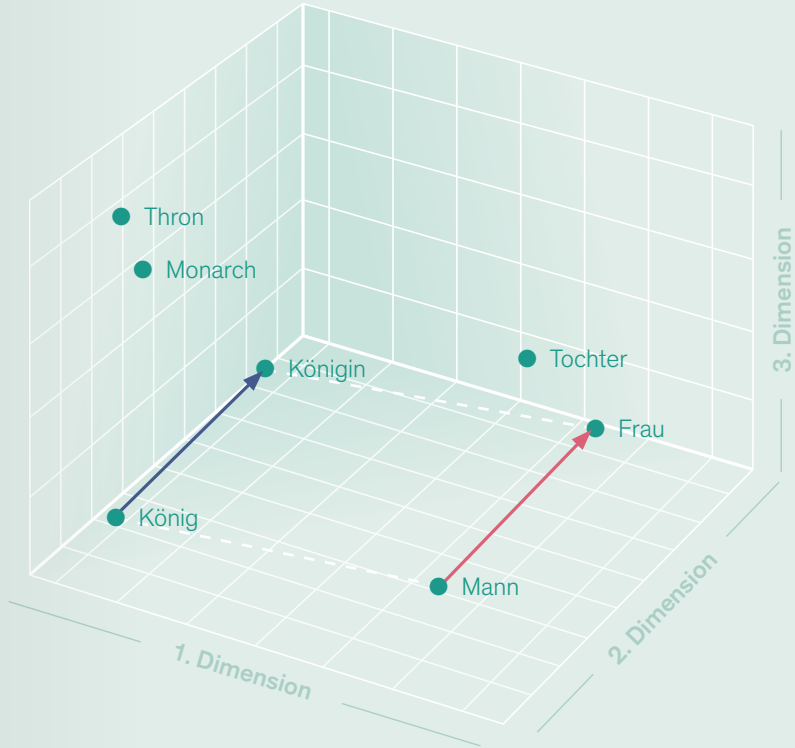
IDO ist ein neues Infrastrukturprojekt des Clusters, das untersucht, wie Ungleichheit in der öffentlichen und politischen Debatte diskutiert, geframed und verstanden wird. Das Ziel ist unter anderem, zu verstehen, warum wachsende ökonomische Ungleichheit nicht automatisch zu mehr Unterstützung für Umverteilung führt.

Dafür analysieren die Forschenden große Mengen an Textdaten – darunter Bundes-

tagsreden, Social-Media-Beiträge und Medienberichte. Mithilfe KI-gestützter Sprachmodelle wird untersucht, welche Argumentationsmuster politische Akteure verwenden und wie sich öffentliche Debatten verändern.

In einem der Teilprojekte, auf dessen Basis die hier vorliegenden Visualisierungen entstanden sind, werden Elitenkommunikation und Umverteilungsrhetorik untersucht. **/**

Abbildung 1: Diese Grafik zeigt das Prinzip vereinfacht in einem dreidimensionalen Raum. Bedeutungen entstehen aus Beziehungen. So steht „König“ zu „Königin“ in einem ähnlichen Verhältnis wie „Mann“ zu „Frau“. Das Modell erkennt nicht nur einzelne Begriffe, sondern strukturelle Zusammenhänge.



1 Von Wörtern zu Räumen
Die Grundlage aktueller KI-Methoden sind sogenannte Word Embeddings. Dahinter steht die Idee, Sprache in einen mathematischen Raum zu übersetzen. Wörtern einfach eine einzelne Zahl zuzuweisen, wäre jedoch zu vereinfacht. Stattdessen nutzt man Vektoren in mehrdimensionalen Koordinatensystemen, um die Vielschichtigkeit und Kontextabhängigkeit von Worten und Sprache abzubilden. Wörter mit ähnlicher Bedeutung liegen nah beieinander, Wörter mit unterschiedlicher Bedeutung weiter entfernt (siehe Abbildung 1).

Das löst ein Grundproblem früherer Verfahren, die oft mit simplen Wortlisten arbeiteten. Forschende zählten beispielsweise, wie häufig bestimmte Begriffe in einem Text vorkamen. Doch Sprache ist komplex: Wörter haben mehrere Bedeutungen, Synonyme transportieren ähnliche Inhalte, und Aussagen verändern ihre Bedeutung durch Kontext oder Verneinungen. Diese verschiedenen Deutungsrahmen bezeichnet man auch als „Frames“. Moderne Embedding-Modelle können solche Unterschiede wesentlich besser erfassen. →

2a

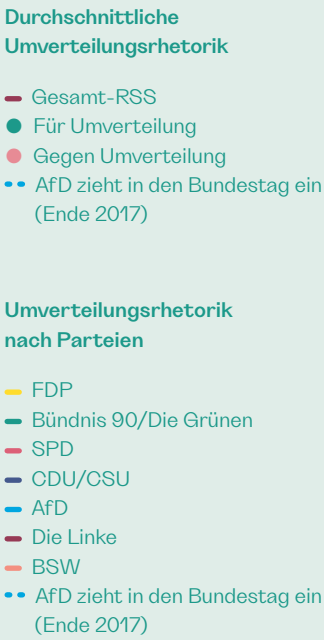
Wie misst man politische Frames?

Diese Visualisierungen stammen aus Forschungsarbeiten aus dem Projekt „Inequality Discourse Observatory IDO“ (siehe Infobox).

Methodisch beginnt die Analyse mit der Theorie. Zunächst wird definiert, welche sprachlichen Konstrukte gemessen werden sollen. In diesem Fall geht es um zwei Arten, über Umverteilung zu sprechen: egalitäre Frames, die soziale Gerechtigkeit und faire Verteilung betonen, und meritokratische Frames, die Leistung, Eigenverantwortung oder Effizienz hervorheben.

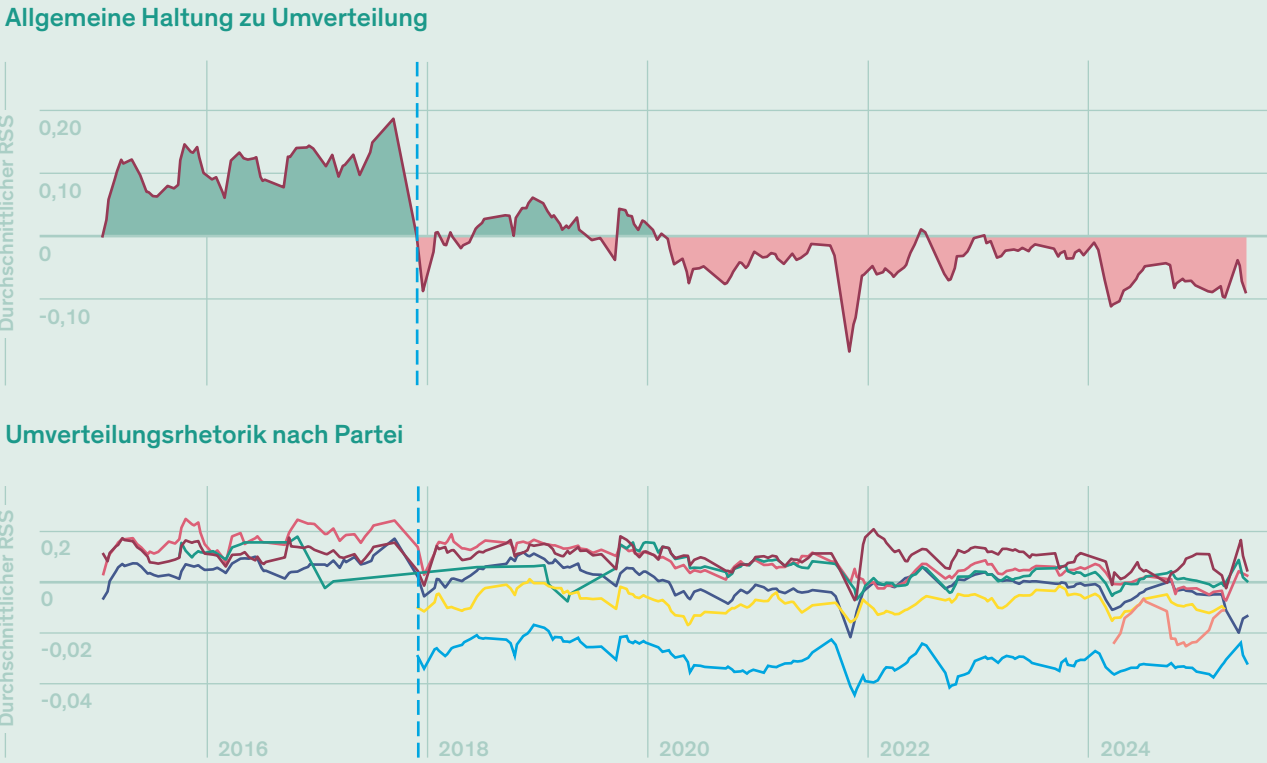
Aus diesen theoretischen Konzepten werden Begriffssammlungen erstellt. Durch das „Embedden“ dieser Begriffe in einen mehrdimensionalen Raum (wie in der ersten Abbildung gezeigt) erhält jedes Wort eine mathematische Darstellung, einen sogenannten Vektor. Aus den gemittelten Vektoren einer Begriffssammlung entstehen zwei sprachliche Referenzpunkte: „egalitär“ und „meritokratisch“. Anschließend werden auch politische Texte in solche Vektoren übersetzt, sodass nun die rhetorische Nähe des Textes zu den Referenzpunkten gemessen werden kann. Dieses Maß wird als Redistribution Sentiment Score (RSS) bezeichnet. Texte mit einem positiven RSS-Wert nutzen eher egalitäre Rhetorik, solche mit negativen Werten liegen eher bei meritokratischen Argumentationslinien.

36



Rhetorische Verschiebungen im Bundestag

Abbildung 2a: Die Visualisierung zeigt, wie sich die Rhetorik bezüglich Umverteilung zwischen den verschiedenen Parteien über die Zeit verändert. Sie zeigt klare Brüche in der Rhetorik/im Framing von Umverteilung, wenn neue Parteien einziehen – etwa die AfD Ende 2017.



2b

Politische Kommunikation und Soziale Medien

Digitale Diskurse spielen für unsere Forschung eine immer wichtigere Rolle. Soziale Plattformen ermöglichen nicht nur die Analyse offizieller Kommunikation, sondern auch die Untersuchung von Reaktionen: Welche Beiträge erzeugen Zustimmung? Wo entsteht Hassrede? Welche Narrative verbreiten sich besonders schnell?

LLMs eröffnen hier die Möglichkeit, große Mengen ungeordneter Texte zu analysieren. Statt einzelne Kommentare manuell auszuwerten, lassen sich ganze Diskursräume kartieren – inklusive Emotionen, Argumentationsmustern und ideologischen Verschiebungen. →

37

Rhetorische Verschiebungen auf Social Media

Abbildung 2b: Politische Sprache entwickelt sich auf Social Media anders als im Parlament. Dort können politische Akteure – im Gegensatz zur Kommunikation im Bundestag – unabhängig von parlamentarischen Prozessen und Regeln Öffentlichkeit erreichen. Daher zeigen sich Veränderungen auf Plattformen wie X kontinuierlicher.

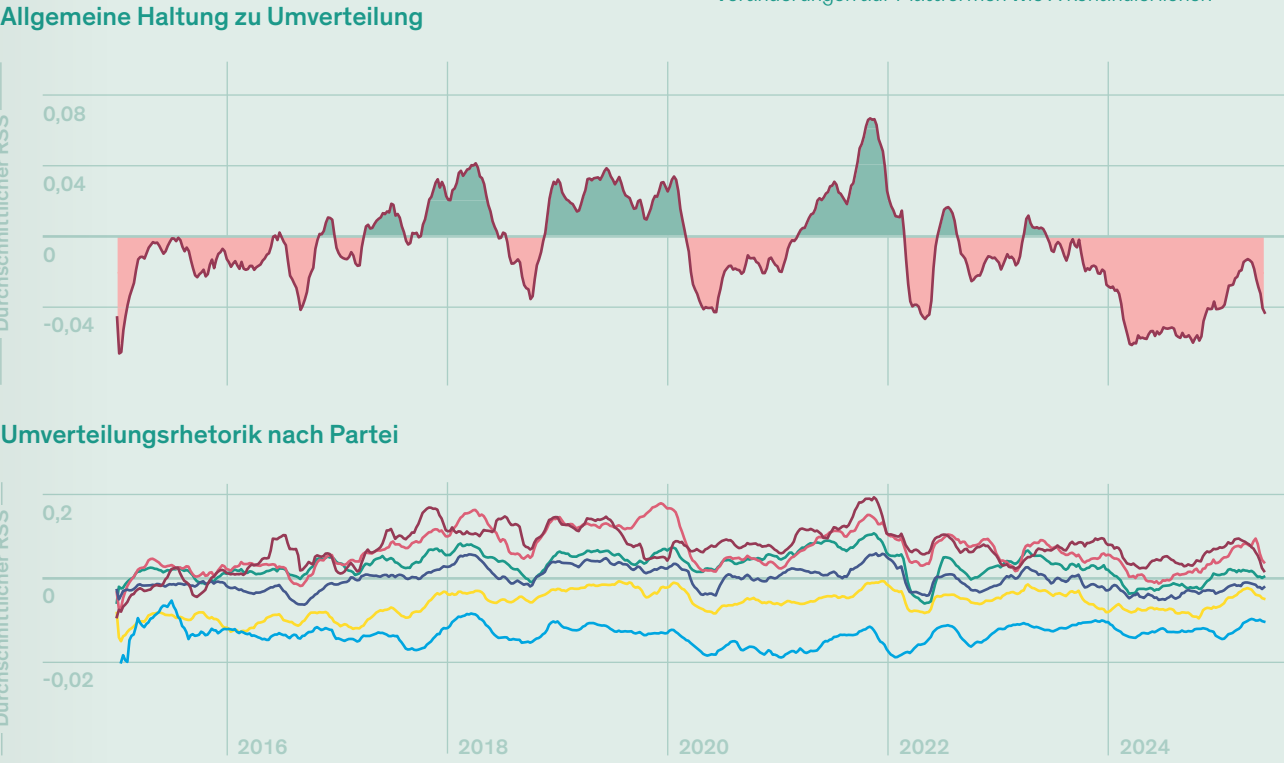


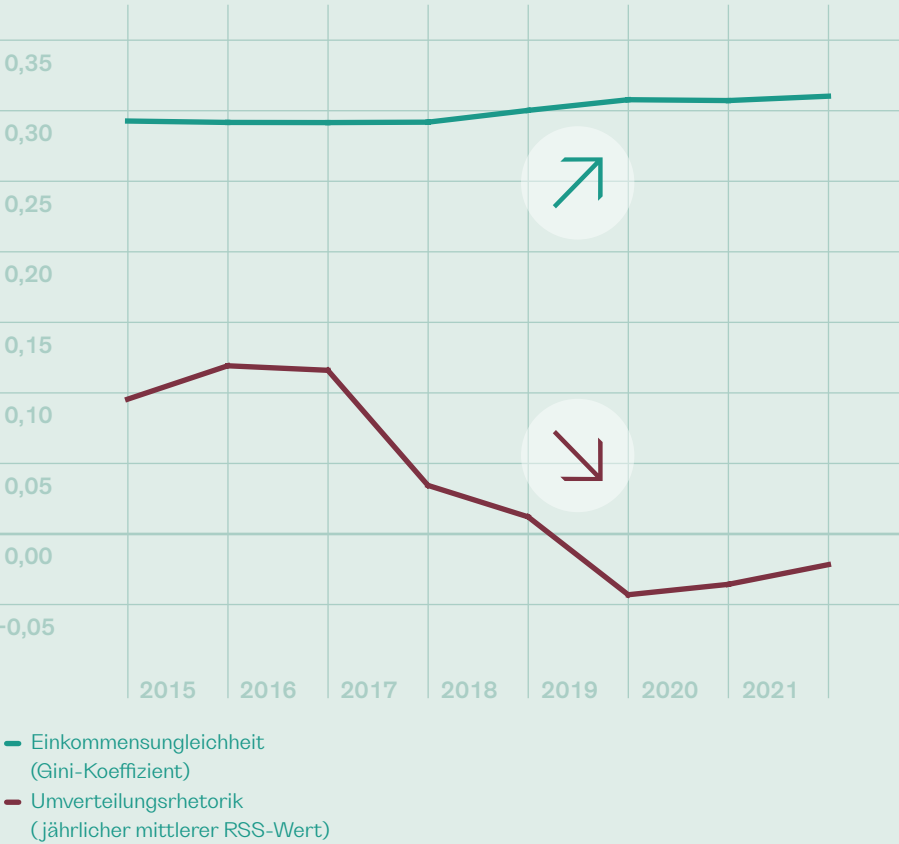
Abbildung 3a: Diese Analyse zeigt eine negative Korrelation zwischen dem RSS und dem Gini-Index, einem Maß für Einkommensungleichheit. Steigen-
de Ungleichheit führt nicht automatisch zu einer stärkeren Forderung nach mehr Umverteilung.

3 Mehr Ungleichheit, weniger Umverteilung

Zuletzt ermöglichen diese Methoden die Herstellung von Zusammenhängen zwischen realpolitischen Entwicklungen und sprachlichen Mustern. Dieses Beispiel zeigt: Je stärker die Ungleichheit steigt, desto häufiger dominieren meritokratische Argumentationen. Ungleichheit wird also eher mit Leistung und Eigenverantwortung gerechtfertigt, statt stärker sozialpolitisch problematisiert zu werden.

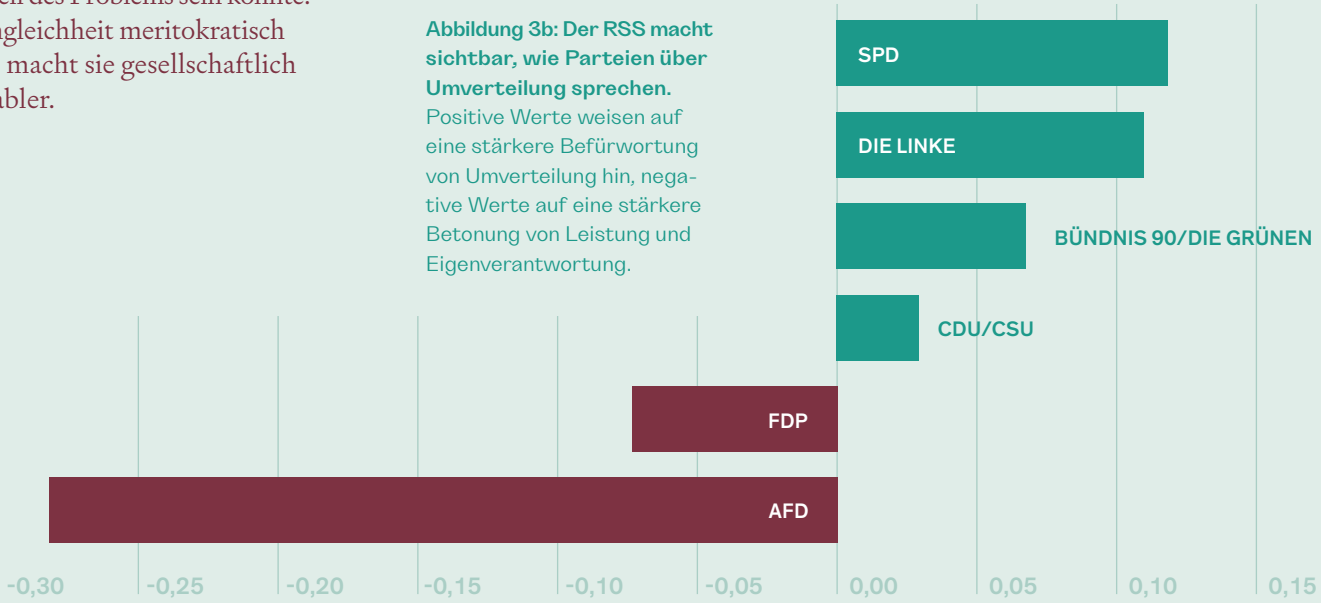
38 Für die Sozialforschung ist das ein ertragreicher Befund. Viele klassische Theorien gehen davon aus, dass steigende Ungleichheit automatisch mehr politischen Druck für Umverteilung erzeugt. Die sprachlichen Analysen legen jedoch nahe, dass politische Kommunikation selbst Teil des Problems sein könnte: Wer Ungleichheit meritokratisch erklärt, macht sie gesellschaftlich akzeptabler.

Ungleichheit steigt leicht, Umverteilungsrhetorik sinkt stark



Umverteilungsrhetorik nach Parteien

Abbildung 3b: Der RSS macht sichtbar, wie Parteien über Umverteilung sprechen. Positive Werte weisen auf eine stärkere Befürwortung von Umverteilung hin, negative Werte auf eine stärkere Betonung von Leistung und Eigenverantwortung.



Ist KI ein Allheilmittel?

Die Kombination aus theoretischer Konzeptarbeit, großen Datensätzen und KI-gestützter Textanalyse eröffnet neue Perspektiven auf politische Konflikte, Desinformation und gesellschaftliche Polarisierung. Darin liegt die Stärke der visuellen Sozialforschung: Sie macht abstrakte Verfahren nachvollziehbar. Die Grafiken zeigen nicht nur Ergebnisse, sondern auch den Weg dorthin – von Wörtern über Vektoren zu Scores und schließlich zu gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Gleichzeitig hat die Arbeit mit LLMs auch Grenzen, denn KI erzeugt keine objektive Wahrheit. Sie erkennt Muster in den von Menschen generierten Trainingsdaten – und diese Daten reproduzieren gesellschaftliche Verzerrungen, etwa westlich geprägte Perspektiven oder stereotype Zuschreibungen. Hinzu kommt das Problem des „Halluzinierens“: Modelle erzeugen manchmal scheinbar plausible, aber falsche Aussagen. Deshalb ersetzen KI-Methoden die klassische Sozialforschung nicht, sondern ergänzen sie. Die entscheidende Aufgabe bleibt, die Ergebnisse theoretisch einzuordnen und kritisch zu prüfen. /



David Garcia ist Professor für „Social and Behavioral Data Science“ an der Universität Konstanz und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.



Elena Solar ist Doktorandin im Projekt „Inequality Discourse Observatory“ des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.



Peer Saleth ist Doktorand im Projekt „Inequality Discourse Observatory“ des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

Brücken zwischen Nord und Süd.

Wissenschaftliche Infrastruktur im Dialog mit Sri Lanka und Pakistan

(A. Oberländer)

40

Durch Forschung und Analysen hat Wissenschaft das Potenzial, die politische Debatte über systemische Ungleichheiten voranzutreiben. Aber sie kann auch noch direkter an der Überwindung von Ungleichheiten mitwirken. Ein Beispiel an der Universität Konstanz ist das DigSAL-Projekt (Bridging the Digital Divide for South Asian Languages), das vom Sustainable-Development-Goals-Programm des DAAD gefördert und von Miriam Butt, Professorin für Linguistik und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“, koordiniert wird. DigSAL untersucht, wie neueste KI-Technologien, die bekanntlich auf massive Ressourcen angewiesen sind (Strom, Wasser, Daten), für Länder fruchtbar gemacht werden können, in denen genau diese Ressourcen nur begrenzt vorhanden sind. Seit 2024 beteiligt sich das Kommunikations-, Informations-, Medienzentrum (KIM) der Universität Konstanz am DigSAL-Projekt.

Projektpartner sind die University of Moratuwa und die University of Jaffna in Sri Lanka sowie die University of Engineering and Technology in Lahore, Pakistan, mit denen es bereits langjährige Kooperationen gibt. Das aktuelle Projekt sieht neben den wissenschaftlichen Inhalten auch einen Austausch zwischen Infrastruktureinrichtungen vor. Dadurch soll eine nachhaltige Entwicklung im Bereich IT und Informationsversorgung in Südasien gefördert und den Einrichtungen an der Universität Konstanz gleichzeitig Einblick in Strukturen des globalen Südens gegeben werden.



↑ Anja Oberländer in Harappa, Pakistan

Sri Lanka: Improvisationsgeschick und Palmenblätter

Bereits an der University of Moratuwa in

Im Rahmen des Projekts besuchen regelmäßig Gäste aus Pakistan und Sri Lanka unsere Universität für Forschungsaufenthalte. Im Herbst 2024 stand ein Gegenbesuch in Sri Lanka an, im November 2025 besuchte das Konstanzer Projektteam die Partneruniversität in Pakistan. Diese (Dienst-)Reisen bedeuteten für uns einen Blick weit über unseren Teller- rand – raus aus der eigenen, vergleichsweise gut ausgestatteten Infrastruktur, zu Partnern, die mit deutlich begrenzteren Mitteln und unter ganz anderen Bedingungen arbeiten.

Sri Lanka wurde deutlich, wie groß diese Unterschiede sind. Für die Uni mit knapp 12.000 Studierenden betreibt eine lediglich 14-köpfige IT-Unit zentrale Dienste wie Campusnetz, WLAN, Moodle, eine Cloud sowie ein selbst entwickeltes Campus-Management-System (zum Vergleich: Im Kommunikations-, Informations-, Medienzentrum (KIM) der Universität Konstanz sind aktuell 220 Personen angestellt). Und das unter Bedingungen, die aus unserer Perspektive oft improvisiert wirken: Server stehen in einfachen Racks, Stromausfälle sind Teil des Alltags. Gleichzeitig ist der Anspruch hoch, funktionierende Dienstleistungen bereitzustellen. Die Bibliothek leidet zudem unter Budgetkürzungen: →

Von einst 50 Mitarbeitenden sind nur noch 35 beschäftigt, das Beschaffungsbudget von 30.000 USD ist nicht jedes Jahr gesichert. Besonders herausfordernd sind die klimatischen Bedingungen: Hitze und Feuchtigkeit setzen den Büchern stark zu – das schmerzt das bibliothekarische Herz.

An der University of Jaffna im tamilisch geprägten Norden Sri Lankas verschärfte sich dieses Bild weiter. Nach Sri Lankas Staatsbankrott 2022 sind die finanziellen Mittel massiv eingebrochen. Eine neue tamilologische Bibliothek, eine Einrichtung von großer Bedeutung für die Region, konnte aber mit Stiftungsgeldern der tamilischen Diaspora erbaut werden. Dort lagern tausende Palmblatt-Manuskripte – kulturelle Zeugnisse, die auf ihre Digitalisierung warten. Die Palmblätter sind besser erhalten als viele der archivierten Papiere; sie halten dem feuchten Klima besser stand. Wie diese Schätze, die meist in einer alten Form des Tamil verfasst und deren Schriftzeichen nicht im Unicode-Standard enthalten sind, digitalisiert und damit global sichtbar und nutzbar gemacht werden können, war vor allem für die mitgereisten Linguist*innen äußerst spannend.

42

Pakistan – wenn Grundlegendes fehlt

Ähnlich eindrücklich war ein Jahr später der Besuch im pakistanischen Lahore, einer Millionenstadt nahe der indischen Grenze. Dort trafen wir auf engagierte Kolleg*innen an der University of Engineering and Technology (UET), die unter schwierigen infrastrukturellen Bedingungen arbeiten. Die UET wurde ihrerzeit explizit gegründet, um auch jungen Menschen mit begrenzten Mitteln ein Studium zu ermöglichen. Davon profitierte zum Beispiel Miriam Butts Vater, der an der UET Ingenieurwissenschaften studierte. Von existierenden Ungleichheiten vor Ort konnten wir uns einen Eindruck verschaffen, als Miriam Butt zu einem Vortrag an einer privaten Universität eingeladen wurde – ein deutlicher Unterschied.

Neben der Besichtigung von Bibliotheken und Rechenzentren sind wir von KIM vor allem mit dem „Open-Science-Hut“ nach Pakistan und Sri Lanka gereist. Wir hielten Vorträge zu Open Access und Forschungsdatenmanagement und diskutierten mit Wissenschaftler*innen und Kolleg*innen die Möglichkeiten vor Ort. Auch wenn diese Themen auf großes Interesse stoßen, scheitert die Umsetzung entsprechender Projekte häufig an fehlenden Ressourcen. Während wir über offene Infrastrukturen und nachhaltige Datenstrategien diskutieren, ist in Sri Lanka und Pakistan oft schon die grundlegende Versorgung mit Strom und stabiler IT eine Herausforderung.



Open Science und Ungleichheit – ein zweischneidiges Schwert

Angesichts der oft unzureichenden Literaturversorgung könnten Länder wie Sri Lanka und Pakistan besonders vom freien Zugang zu wissenschaftlichen Informationen durch Open Access profitieren. Aber faktisch sind Wissenschaftler*innen des globalen Südens durch das im globalen Norden vorherrschende Modell oft von der aktiven Teilhabe am wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen. Für viele ist es nämlich schlicht nicht möglich, die Publikationsgebühren aufzubringen – weder für Veröffentlichungen in Open-Access-Journalen noch für die nachträgliche Freischaltung von Artikeln in Subskriptionszeitschriften.

In unseren Diskussionen wurde daher ein sehr klarer Appell formuliert: Der Spielraum und Einfluss, den wir mit unseren vergleichsweise hohen Budgets haben, muss genutzt werden. Es sollten Open-Access-Modelle gestärkt werden, die wissenschaftliche Ungleichheiten verringern, statt sie zu verstärken und neue Barrieren zu schaffen. Publikationsgebührenbasierte Modelle verschieben Zugangshürden lediglich vom Lesen zum Publizieren. Ansätze wie Diamond Open Access, die ohne Gebühren für Autor*innen und Leser*innen auskommen, gewinnen vor diesem Hintergrund eine neue Relevanz.



Anja Oberländer ist kommissarische Direktorin des Kommunikations-, Informations-, Medienzentrums (KIM) an der Universität Konstanz.

Bleibende Eindrücke

Insgesamt durften wir zwei faszinierende Länder kennenlernen. In Erinnerung bleibt die große Offenheit, Herzlichkeit und das Engagement der Menschen, denen wir begegnet sind. Trotz schwieriger Bedingungen wird mit beeindruckender Motivation gearbeitet, Infrastruktur aufgebaut und Wissen vermittelt. Gerade in diesem Spannungsfeld wird deutlich, wie viel Potenzial in internationaler Zusammenarbeit liegt. Der Austausch im Rahmen von DigSAL ist daher kein einseitiger Wissenstransfer, sondern ein Lernprozess in beide Richtungen. Er zwingt dazu, eigene Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und Open Science nicht nur als technisches oder organisatorisches, sondern als globales Gerechtigkeits-thema zu begreifen.

Die Reise hat unseren Blick geschärft: für die materiellen Voraussetzungen von Wissenschaft, für die Unsichtbarkeit bestimmter Wissensbestände – und für die ungleiche Verteilung von Zugang zu wissenschaftlicher Kommunikation. Gerade hier zeigt sich das Potenzial von Open Access, den globalen Wissensaustausch zu fördern und bestehende Ungleichheiten zu verringern. Gleichzeitig wird deutlich, dass dieses Potenzial nur dann wirksam werden kann, wenn die zugrunde liegenden Machtstrukturen im Wissenschaftssystem kritisch reflektiert und aktiv verändert werden. /

43

↑ Palmblatt-Manuskripte in der tamilologischen Bibliothek, Sri Lanka

44



IM WEITWINKEL

Die Politik des Einkaufszettels.

Über die Macht des (bewussten) Konsums

(S. Koos)

Was wir kaufen – oder bewusst meiden –, ist oft politisch. *Konsumententscheidungen sind längst mehr als private Alltagshandlungen*; sie können politische Überzeugungen widerspiegeln und als Instrument gesellschaftlicher Einflussnahme dienen.

45

Politischer Konsum beruht auf der Idee, dass Konsumentinnen und Konsumenten durch ihr Kaufverhalten Druck auf Unternehmen oder ganze Ökonomien ausüben können: Wer kauft, belohnt. Wer verzichtet, bestraft. Häufig geschieht das aus der Motivation heraus, Unternehmen zu unterstützen, die als verantwortungsvoll gelten, oder solche zu sanktionieren, die negativ auffallen, etwa durch Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten. Bisweilen richten sich Boykotte auch gegen ganze Länder. So löste beispielsweise Anfang 2026 Donald Trumps Drohung, Grönland zu annektieren, einen Boykott amerikanischer Produkte in Dänemark aus. Politischer Konsum hat damit einen instrumentellen Charakter – es geht um gezielte Einflussnahme durch Marktverhalten.

Politischer Konsum umfasst unterschiedliche Formen, die auf verschiedenen Motivationen beruhen: Zum einen dient er dem Ausdruck eines unmittelbar politischen Willens, etwa im Protest gegen bestimmte Produktionsbedingungen. Zum anderen kann er auf einen nachhaltigen Lebensstil zielen, also auf die Reduktion der eigenen Umweltwirkung. Politischer Konsum ist dabei nicht zwingend Konsumverzicht, sondern kann auch Mehrkonsum einschließen, wenn etwa gezielt bei als ethisch geltenden Unternehmen eingekauft wird. Zugleich kann politischer Konsum nicht losgelöst von der Debatte über soziale und politische (Un-)Gleichheit betrachtet werden.

Die bekannteste Form politischen Konsums ist der Boykott – der bewusste Verzicht auf bestimmte Produkte, Unternehmen oder Dienstleistungen. Der Begriff geht auf eine Episode im Irland des späten 19. Jahrhunderts zurück: Der britische Landverwalter Charles Cunningham Boycott wurde von der lokalen Bevölkerung systematisch isoliert, nachdem er im Zuge agrarischer Konflikte Pachtzinssenkungen abgelehnt hatte. Diese kollektive Aktion erwies sich als wirksam, Boycott verließ das Land und wurde unfreiwillig zum Namensgeber einer bis heute verbreiteten Praxis. Daneben steht das positive Kaufen, auch „Buykott“ genannt: die gezielte Belohnung von Unternehmen, die als nachhaltig oder ethisch gelten. Aber: Politischer Konsum ist dabei keineswegs automatisch progressiv. Auch diskriminierende oder nationalistische Kampagnen können über Konsum organisiert werden, so etwa die Boykotte jüdischer Geschäfte im nationalsozialistischen Deutschland. Er ist zunächst eine Form politischer Einflussnahme – wie und wofür er eingesetzt wird, hängt von den jeweiligen politischen Zielen ab. →

Voraussetzungsreich und sozial ungleich verteilt
Forschungsergebnisse zeigen, dass politischer Konsum voraussetzungs-
voll ist. Menschen, die ihre Kaufkraft politisch nutzen, verfügen häufig über höhere Bildungsabschlüsse und sind besser informiert. Auch Einkommen und soziale Lage spielen eine entscheidende Rolle: Nachhaltige oder zertifizierte Produkte sind in der Regel teurer. Dies wirft eine grundlegende Gerechtigkeitsfrage auf. Anders als im politischen System, in dem idealerweise jede Stimme gleich zählt, hängt die Wirkung von Konsumentscheidungen stark von individueller Kaufkraft ab. Wer mehr Geld hat, kann politisch wirksamer konsumieren.

Besonders aufschlussreich ist schließlich, dass die Bedeutungen von „nachhaltigem“ Konsum je nach sozialem Kontext stark variieren. Während Menschen aus höheren sozialen Schichten häufig an zertifizierte Produkte mit nachweisbar geringerem ökologischem Fußabdruck denken, verbinden Menschen mit geringerem Einkommen damit oft andere Praktiken: sparsam mit Ressourcen umgehen, Plastik vermeiden, für die Familie gesunde Lebensmittel bereitstellen. Vorstellungen von Nachhaltigkeit zeigen sich in allen sozialen Gruppen – unterscheiden sich aber in ihren Bedeutungen und lebensweltlichen Umsetzungen.

Wirksam, aber begrenzt
Ob politischer Konsum tatsächlich wirksam ist, lässt sich empirisch nur schwer eindeutig beantworten. Studien zu Boykotten zeigen gemischte Ergebnisse: Manche finden negative Effekte für betroffene Unternehmen, andere kaum messbare Wirkungen – manche sogar positive Effekte durch erhöhte mediale Aufmerksamkeit. Besonders wirksam scheinen Kampagnen dann zu sein, wenn sie sichtbare Unternehmen betreffen und mit öffentlichem Druck verbunden sind. Reputationsverluste können für Unternehmen schwerer wiegen als kurzfristige Umsatzeinbußen.

Vergleiche verschiedener Produkte und Standards zeigen, dass Konsum nur in bestimmten Bereichen – etwa bei Lebensmitteln im Rahmen von fairem Handel – messbar zur Verbesserung von Produktionsbedingungen in Lieferketten beigetragen hat. In vielen anderen Bereichen, wie Elektronik oder Kleidung, bleiben die Effekte begrenzt. Die Gründe liegen in der Komplexität globaler Lieferketten und der Schwierigkeit, überhaupt Transparenz herzustellen. Diese Grenzen verweisen auf die Bedeutung politischer Regulierung: Seit der Jahrtausendwende hat

sich die Diskussion zunehmend von freiwilligen Maßnahmen hin zu gesetzlichen Regelungen verschoben – etwa im Kontext des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) in Deutschland oder der EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD). Aktuelle Entwicklungen zeigen allerdings, dass solche Standards politisch stark umkämpft bleiben und teilweise wieder abgeschwächt werden.

Nachhaltigkeit ohne Wahl
Vor allem im Bereich des nachhaltigkeitsorientierten Konsums zeigt sich eine grundlegende Spannung im Hinblick auf soziale Ungleichheit. Empirische Studien belegen, dass einkommensärmere Haushalte im Durchschnitt einen deutlich geringeren CO₂-Fußabdruck haben als einkommensstärkere – weil sie weniger konsumieren, weniger reisen und weniger investieren. Sie tragen damit weniger zu genau jenen Problemen bei, gegen die sich nachhaltigkeitsorientierter Konsum richtet. Dieser Beitrag ist jedoch nicht das Ergebnis bewusster Entscheidungen, sondern materieller Einschränkungen: Wer über geringe Ressourcen verfügt, konsumiert weniger. Daraus ergibt sich eine paradoxe Konstellation: Während ressourcenärmere Haushalte unfreiwillig zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, bleibt die Möglichkeit, Konsum bewusst als politisches Instrument einzusetzen, vor allem denjenigen vorbehalten, deren Lebensstil stärker zur Problemstellung beiträgt.

Diese Spannung verweist zugleich auf die Grenzen eines Verständnisses von Konsum als politischem Handlungsinstrument: Individuelle Konsumententscheidungen können zwar Veränderungen anstoßen, entfalten ihre Wirkung jedoch vor allem dann, wenn sie mit politischer Regulierung, kollektiven Initiativen und strukturellen Rahmenbedingungen zusammenkommen, die nachhaltige Entscheidungen nicht nur für wenige, sondern für alle ermöglichen. Der Einkaufszettel ist politischer, als er auf den ersten Blick scheint – aber die Möglichkeit, ihn politisch wirksam einzusetzen, ist ungleich verteilt. /



Sebastian Koos ist Professor für Soziologie an der Universität Konstanz und Principal Investigator des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

In_equality magazin

N° 9, Juli 2026

ISSN 2748-5404

Herausgebende

Marius R. Busemeyer (Sprecher)
Claudia Diehl (Co-Sprecherin)
Gabriele Spilker (Co-Sprecherin)

Geschäftsführung

Thomas Wöhler

Universität Konstanz

Exzellenzcluster

„The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Redaktion

Annalena Kampermann
Paul Stoop

Korrektorat

Patricia Piermaier | kiwitext
Übersetzungen + Lektorat

Übersetzung

Carsten Bösel

Design

yella park, Aachen

Druck

Hartmann Druck & Medien GmbH

Papier Druckversion

Circleoffset Premium White (100 %
Recyclingpapier, „Blauer Engel“-zertifiziert)

Texte in Absprache mit der Redaktion
frei zum Nachdruck.

Online-Version und Abonnement

https://ungleichheit.uni.kn/magazin

Der Exzellenzcluster „The Politics of Inequality.

Perceptions, Participation and Policies“

ist ein interdisziplinäres Forschungszentrum an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, ungerecht verteilte Bildungschancen, der weltweite Aufstieg von Populist*innen, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

Der Exzellenzcluster dankt der Universität Konstanz und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ihre Förderung und Unterstützung.

Gefördert durch:

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/2–390681379

inequality.uni.kn

 @EXCInequality
 @excinequality.bsky.social
 The Politics of Inequality

Bildnachweise

Seite 4: Ines Janas
Seite 9: WE SUM (oben), Ines Janas (unten)
Seite 12: iStock
Seite 13: Werner Palz
Seite 15: Gerd Altmann, Pixabay
Seite 16: Gerd Altmann, Pixabay
Seite 19: Ines Janas (oben), Werner Palz (unten rechts)
Seite 20: Ines Janas
Seite 24: Ines Janas
Seite 25: Dana Saparova, stocksy
Seite 29: Ines Janas
Seite 30: Maryanne Gobble, stocksy
Seite 33: Ines Janas
Seite 39: Ines Janas
Seite 41: Matthias Landwehr
Seite 42: Matthias Landwehr
Seite 43: privat
Seite 44: Andrew Thomas, stocksy
Seite 46: Ines Janas
Seite 50: Ines Janas
Seite 51: Ines Janas
Seite 52: Ines Janas

Impressum

IN_EQUALITY RESEARCH AWARD

... doch nicht der Stubenälteste der DDR: *Award Winner Steffen Mau im Gespräch*

(Gespräch: M. R. Busemeyer, G. Spilker)

48

Der Preisträger des In_equality Research Awards 2026 Steffen Mau über große und kleine Ost-West-Unterschiede und den Mythos Polarisierung.

Im Rahmen der In_equality Conference 2026 erhielt Steffen Mau, Direktor des Max-Planck-Instituts für Politik- und Sozialwissenschaft sowie Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, den In_equality Research Award. Der Award würdigt herausragende wissenschaftliche Leistungen, die in gesellschaftlichen und politischen Debatten breite Resonanz finden. Steffen Mau analysiert in seiner international sichtbaren Forschung soziale Ungleichheit, sozialen Wandel und Transformationsprozesse – insbesondere die (vermeintliche) Spaltung und Polarisierung in der deutschen Gesellschaft nach der Wiedervereinigung. Er hat außerdem vielbeachtete Publikationen zur ostdeutschen Transformationsgesellschaft verfasst. Vor der In_equality Conference haben Marius R. Busemeyer (Sprecher des Exzellenzclusters) und Gabriele Spilker (Co-Sprecherin) im In_equality Podcast mit Steffen Mau über seine Forschung gesprochen. In dem hier leicht gekürzt wiedergegebenen Gespräch plädiert Mau für einen differenzierten Blick auf Ost-West-Unterschiede und zeigt auf, dass unsere Gesellschaft weit weniger polarisiert ist als gedacht.

GABRIELE SPILKER *In Deinem gemeinsam mit Thomas Lux und Linus Westbeuser verfassten Buch „Triggerpunkte“ beginnt ihr mit der Beobachtung, dass vor allem in der medialen Öffentlichkeit viel von gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung die Rede ist, das bei genauerem Hinsehen aber gar nicht unbeding zutrifft. Kannst Du das näher erläutern?*

STEFFEN MAU Wir beobachten, dass es auf der Ebene öffentlicher oder auch politischer Auseinandersetzungen durchaus Formen der Polarisierung gibt. Auch ein stärkeres Gegeneinander, möglicherweise eine größere Frontbildung. Diese Übersteuerung in der öffentlichen Debatte, wo stark zugespitzte Positionen überrepräsentiert sind und Konsens – wie etwa bei der Gesundheitsversorgung oder einem staatlichen Rentensystem – unsichtbar wird, ist natürlich etwas, das die Menschen wahrnehmen. In der medialen Öffentlichkeit verkeilen wir uns häufig in diesen zugespitzten Debatten mit extremen Standpunkten, sodass der Eindruck einer starken Spaltung entsteht.

GS *In „Triggerpunkte“ schaut ihr euch vier Themenfelder an: Armut und Reichtum, Migration, Diversität und Gender sowie Klimaschutz. In welchem dieser Bereiche sind die Menschen besonders polarisiert – und wo nicht?*

SM Interessanterweise sind die Menschen in Deutschland – und das eigentlich in allen Statusgruppen und Berufsklassen – kaum polarisiert, was den Konflikt zwischen Arm und Reich angeht. Hier stimmen 80 Prozent der Menschen der Aussage zu, dass die Ungleichheit zu groß ist. Bei Diversitätsfragen ist die Diskrepanz höher, obwohl es auch hier einen großen Konsens gibt, dass Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern problematisch sind. Gesellschaftlich umkämpft ist sicherlich das Thema Migration, aber es ist eben nicht so, dass es eine rechte, migrationsfeindliche Arbeiterklasse und eine kosmopolitische, migrationsbefürwortende Akademikerklasse gäbe. Die Klimafrage sehen wir als eine Klassenfrage im Werden, was vor allem mit Transformationslasten und Fairnessvorstellungen zu tun hat. Auch hier würde ich sagen, dass es in allen sozialen Schichten ein bedeutendes Thema ist, aber in der Mittelschicht wird es häufig als eine Frage des individuellen Lebensstils und der Wahlmöglichkeiten angesehen. In den unteren Schichten wird der Klimawandel viel mehr als soziale und ökonomische Frage verhandelt.

GS *Wenn man sich eure Ergebnisse anschaut, wäre es nabeliegend, dass bei diesen Themen Unterschiede zwischen Befragten aus Ost- und Westdeutschland existieren. Ist das der Fall?*

SM Überraschenderweise wenig. In den 90er-Jahren konnte man deutlich sehen, dass die Ostdeutschen stärkere Umverteilungspräferenzen hatten, auch etatistische Orientierungen: Der Staat soll bestimmte Leistungen erbringen. Das hat sich offensichtlich ein Stück weit abgemildert, sodass es da keine grundsätzlichen Unterschiede in den Erwartungen an umverteilende oder interventionistische Sozialpolitik mehr gibt.

Es existieren leichte Unterschiede, aber wirklich nur gradueller Natur, in den Feldern Migration und Klimapolitik. Da sind die Ostdeutschen reservierter gegenüber Migrantinnen und Migranten einerseits, aber auch gegenüber klimapolitischen Maßnahmen. Warum ist das aber nicht besonders stark? Wahrscheinlich liegt das ein Stück weit an den Indikatoren und an den Themensetzungen. Eine These von mir ist, dass Ost- und Westdeutschland nach wie vor unterschiedlich, zwei erkennbare Teilgesellschaften sind. Aber man muss eben bestimmte Bereiche anschauen. Beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Frage der Waffenlieferungen sieht man klare Unterschiede zwischen Ost und West, auch bei der Einstellung zur NATO-Osterweiterung. Ebenso im Bereich von Familienpolitik und Fertilitätsverhalten. Das heißt, es gibt Unterschiede in bestimmten Bereichen und in anderen offensichtlich nicht. Man muss vermutlich die Mess- bzw. Befragungsinstrumente hinreichend scharfstellen und auf diesen Ost-West-Unterschied ausrichten, um ihn überhaupt sichtbar zu machen. →

49



↑ In_equality Research
Award Winner 2026
Steffen Mau

Zur Podcastfolge:
„Mythos Polarisierung“
mit Steffen Mau



MARIUS R. BUSEMEYER *Es kommt ja hinzu, dass über die letzten 30–40 Jahre eine große Migrationsbewegung innerhalb von Deutschland stattgefunden hat. Die Menschen, die jetzt noch in Ostdeutschland leben, sind natürlich auch nur eine Teilgruppe von denen, die dort auch ursprünglich gelebt haben. Trägt das zu mehr Konsens bei?*

SM 20 Prozent derer, die heute in Ostdeutschland leben, sind aus dem Westen in den Osten gekommen. Und umgekehrt 8 Prozent derer, die im Westen leben, sind aus dem Osten gekommen. Es gibt also auch eine starke Durchmischung. Was wir auch aus Studien wissen: Menschen, die aus dem Osten in den Westen gehen, ändern ihre Einstellung, auch da sie mit anderen sozialen Kontexten in Kontakt kommen. Und umgekehrt, Menschen aus dem Westen entwickeln Verständnis für bestimmte Perspektiven, wenn sie nach Ostdeutschland ziehen.

GS *Was bedeuten die tatsächlich existierenden Unterschiede für unsere Politik in Deutschland und für die Polarisierung?*

SM Die Frage ist: Verhärteten sich jetzt diese Ost-West-Unterschiede und graben sie sich noch stärker ein? Da würde ich sagen, das hängt ein Stück weit von der politischen Bewirtschaftung dieser Themen ab. Im Moment sehen wir, dass es so etwas wie eine „nachholende ostdeutsche Bewusstseinsbildung“ gibt. Die Identität als ostdeutsche Person spielt eine größere Rolle und wird öffentlich verhandelt. Dass junge Menschen, die im Jahr 2000 oder 2005 geboren sind, sich als Ostdeutsche verstehen, das hätte ich mir vor 20 Jahren nicht vorstellen können. Ich dachte, ich sei der letzte, der Stubenälteste der DDR, der noch überlebt hat und das für ein relevantes Thema hält.

Es gibt natürlich auch politische Parteien, die da Geländegewinne machen. Zum Beispiel die AfD, die hier einen sehr interessanten Trick anwendet. Für die ist Ostdeutschland jetzt Avantgarde als mehr oder weniger „national befreite Zone“, die noch nicht so diversifiziert und migrantisch ist. Dieses andere, bodenständigere Selbstverständnis wird jetzt ein Stück weit kultiviert, gerade auch in Kontrast oder in Konfrontation mit dem vermeintlich schwachen, verweichtlichten Westen. Das ist eine Erzählung, die offensichtlich bei vielen Menschen ganz gut fruchtet. Vor Kurzem kam die Ostdeutsche Allgemeine Zeitung auf den Markt. In einer Reklame dafür hieß es: „Ostdeutsch ist man nicht qua Geburt, sondern qua Haltung.“ Da werden bestimmte Attribute aufgezählt, wie Fleiß oder Ehrlichkeit, und damit wird das „Ostdeutsch-Sein“ ganz anders aufgeladen. Das hat auch nichts mehr mit der DDR oder den Transformationserfahrungen zu tun, sondern da wird ein kulturelles Selbstverständnis gepflegt, das erst mal auf einer Abgrenzungs- oder Differenzlogik beruht.

Zugleich sehe ich einen Teil davon auch als Zeichen der Normalisierung an. 40 Jahre Trennung und möglicherweise auch schon davor liegende Unterschiede struktureller und mentaler Art lassen sich nicht so ohne Weiteres ausmerzen.

MB *Du bist als Sozialwissenschaftler sehr stark sichtbar in der Öffentlichkeit und auch in der Politikberatung aktiv. Es scheint ja eine tiefer liegende Verunsicherung oder identitätspolitische Frage zu sein, die hier im Raum steht. Was rätst Du der Politik konkret, wie sie mit diesen latenten Spannungen in der Gesellschaft umgehen kann?*

SM Ich habe hin und wieder mal Delegationen aus Südkorea zu Besuch. Da gibt es ein Ministerium für Vereinigung mit über 100 Mitarbeitenden, die sich schon seit vielen Jahren auf den Fall der Fälle vorbereiten, wenn das nordkoreanische Regime kollabieren sollte und man über eine Vereinigung nachdenken könnte. Ich halte eine potenzielle Wiedervereinigung für eine sehr schwere Aufgabe. In Nordkorea leben, anders als es in Deutschland der Fall war, wesentlich mehr Menschen als in Südkorea. Die Transformationsaufgabe ist größer, auch weil die Wohlstandskluft noch deutlich ausgeprägter ist – doppelt so groß wie zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland. Da sage ich immer: „Investitionen in Infrastruktur sind gut, aber ihr braucht eine Politik der Mentalitäten, ihr müsst die Menschen mitnehmen.“



Marius R. Busemeyer ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.



Gabriele Spilker ist Professorin für „International Politics – Global Inequality“ an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

Das hat man bei uns damals nicht bedacht, weil man annahm, das sei so ein naturwüchsiger Prozess, der sich von allein entfalten wird. Ich glaube, Investitionen in Köpfe sind viel wichtiger als Investitionen in Straßen. Wir können nicht zurück auf null, wir können nicht alles reparieren, was damals an politischen Entscheidungen, möglicherweise auch Fehlentscheidungen, getroffen wurde, sondern wir müssen mit dem umgehen, was jetzt ist. Meiner Meinung nach braucht es eine ostdeutsche Elitenbildung und auch Möglichkeiten dieser Eliten, Führungsrollen zu beanspruchen. Sie haben einen höheren Identifikationsgrad und vielleicht auch ein anderes Verständnis der Probleme vor Ort. Wir brauchen aber auch eine Orientierung auf unser verfassungsmäßiges Gebot der Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und Lebenschancen. Das bezieht sich natürlich auf die ökonomische Lage in Ostdeutschland, den starken Niedrigeinkommenssektor, die extreme Ungleichheit im Hinblick auf Vermögen und Erbschaften.

Schließlich muss man aber auch sagen, dass Ostdeutschland ein demografisches Problem hat. Es ist eine starke Schrumpfgesellschaft, die sich nach und nach dezimiert und aufgrund dieser Schrumpfung möglicherweise negative Affekte gegen jede Art von Zuwanderung entwickelt. Das betrifft jetzt nicht nur Menschen, die als Geflüchtete kommen, sondern auch Menschen, die aus Großstädten oder aus Westdeutschland dahinkommen. Schrumpfgesellschaften schließen sich häufig ab, und das ist natürlich eine negative Spirale, die man irgendwie aufbrechen muss.

GS *Lieber Steffen, wir danken Dir für das spannende Gespräch! /*

In-equality
Conference
2026



BLICK ZURÜCK



VIEW BACK

